



**D**AS DOKUMENT, das die Intentionen Jesu vermutlich am klarsten veranschaulicht, ist die Bergpredigt. Sie hat zu allen Zeiten eine ungewöhnliche Anziehungskraft ausgeübt. Die Geschichte ihrer Exegese oder der Berufung auf sie ist kunterbunt und uneinheitlich. Sie mußte allen erdenklichen Deutungen und Mißdeutungen dienen. Einerseits stellt die neutestamentliche Theologie die «bestürzende Situationsbedingtheit» (Siegfried Schulz) der Bergpredigt, ihren Mangel an zeitgemäßer Aussagekraft fest und warnt vor allen voreiligen Bestrebungen, politische Kategorien in sie eintragen zu wollen; andererseits kann man kaum umhin, jene Augenblicke für Höhepunkte ihrer unaufhaltsam tätigen Wirksamkeit zu halten, in denen Menschen sich ihren Forderungen (aller entschärfenden Exegese zum Trotz) in radikal-unmittelbarer Weise stellten und ihnen mit ungeteiltem Engagement wortwörtlich und nicht selten einseitig entsprechen wollten – beispielsweise in der Verweigerung des Eides, im Verzicht auf Eigentum, im Nein zum Kriegsdienst etc. Ungeachtet aller theologischen Beschwichtigungs- und Einordnungsversuche ist die Bergpredigt meistens als hochgradig explosiv in sozialkritischer Hinsicht empfunden worden. Eindringlich hat beispielsweise Leonhard Ragaz Jesus anhand der Bergpredigt dargestellt als Revolutionär gegen Besitz und Establishment, als Anwalt Benachteiligter und Entrechteter. Was Jesus bringt, «ist Dynamit, nicht Opium». Ob Ragaz mit seinen Zuspitzungen dem Impetus der Bergpredigt nicht näher war als die Kommentatoren, die sich ihrer Unbequemlichkeiten zu entledigen verstanden, indem sie diese Jüngerrede Jesu als einen eschatologischen Vorgriff auslegten: hienieden nicht zu gebrauchen!?

Neuerdings eröffnet die Forschung uns einen anderen Zugang zu der Spruchsammlung, die wir Bergpredigt oder Feldrede nennen. Gerade die Bestandteile dieser Textkomposition, die sich als ursprünglich erweisen dürften, sind auch für den heutigen Leser verblüffend einleuchtend. Es sind nicht, wie man lange meinte, absurde Postulate, sondern Aufdeckungen, Aufhellungen, Aufklärungen von Grundsachverhalten menschlichen Daseins. Wir bekommen evidente Wahrheiten und Weisheiten zu hören, Einladungen zu vernünftig plausiblen Verhalten wie: Vergeben, Feindesliebe, Friedenmachen. Denn «wenn ihr nur grüßt, die euch grüßen, was tut ihr besonderes»? Also geht einen Schritt weiter als nötig. Laßt Phantasie walten. Seid nicht so dumm, einfalllos und langweilig, gleiches mit gleichem zu vergelten.

# ANSTIFTUNG

«Die Wahrheit von Aussagen», habe ich bei Jürgen Habermas gelesen, «ist an die Intentionen eines wahren Lebens gebunden.» Jesus und die Bergpredigt haben diese Übereinstimmung.

Die Bergpredigt hat Geschichte erfahren und Geschichte gemacht. Von ihr können in verschiedenen Situationen verschiedene Anstöße ausgehen. Sie hat immer wieder andere Pointen. Sie ist noch längst nicht ausgeschöpft. Sie steckt voller Zeitzünder. Vor allem ist ihre soziale und kollektive Energie (außer von Gandhi) kaum je ernsthaft in Rechnung gestellt worden. Es gibt, scheint mir, gegenwärtige Frage- und Aufgabenstellungen, die auf die Bergpredigt und ihre Wirkung zurückweisen, also sozusagen von ihr mitstrukturiert worden sind. Weil sie einen erst seit der Neuzeit in vollem Gang befindlichen Prozeß der Befreiung von Vorurteilen eingeleitet hat, kommen uns viele ihrer Analysen und Angriffe so gegenwärtig vor.

Hans Jürgen Schultz

Aus: Anstiftung zum Christentum, Kreuz Verlag, Stuttgart/Berlin 1974

## Forschungspolitik

**Ärztliche Ethik – interdisziplinär:** Die wissenschaftspolitische Seite im «Fall Pfürtner» – Eine interfakultäre Gruppe in Bern mit Ethik befaßt – Ein Lehrvorhaben und ein Forschungsprojekt – Vom Schweizer Nationalfonds abgelehnt – Dessen hausinternes Arbeitsreglement kommt vors Parlament – Das Anliegen der europäischen Societas ethica – Berufsethik für Ärzte, Juristen usw. gefragt – Vordringliche Probleme in der Medizin – Gesamtmenschliches Anliegen erfordert Erweiterung der Grundlagenforschung auf interdisziplinärer Ebene – Wissenschaftsrat anerkennt die Dringlichkeit – Das Berner Team bot ein hoffnungsvolles Modell an.

Ludwig Kaufmann

## Ecuador

**Kirche, Land und Indios:** Viel Öl und wenig zu essen – Ursachen dieser paradoxen Situation – Großgrundbesitzer und Kleinbetriebe – Das Huaspungosystem – Die Indios erwachen – Verdienste der Kirche um die Bewußtseinsbildung – Aber neue Ambivalenz aus Angst vor dem eigenen Mut – Aus dem Tagebuch eines denkenden Indio. Andreas Bänziger, Glättbrugg

## Weltbevölkerung

**Das Bevölkerungsproblem in Afrika:** Der schwarze Kontinent läßt sich nicht über einen Leisten schlagen – Schon hinsichtlich der Quantität und Qualität der Informationen große regionale Unterschiede – Geringer Bevölkerungsdruck auf die Gesamtfäche, Übervölkerung in einigen Zentren – Selbst das Kulturland im Vergleich zum Weltdurchschnitt dünn besiedelt – Wegen hoher Sterberate noch nicht schnellste Wachstumsrate – 87 abhängige auf 100 arbeitsfähige Menschen – Frauensüberschuß – Der am wenigsten urbanisierte Weltteil erlebt dramatische Verstärkung – Fruchtbarkeit und Wachstum – Sterblichkeit und Wachstum – Drei bevölkerungspolitische Modelle der Offiziellen – Länder mit offizieller Bevölkerungspolitik vorwiegend neomalthusianisch – Amerikanische Experten federführend – Daneben auch geburtenfreudige Regierungsprogramme – Afrikanische Haltung im Grunde vitalistisch – Sinnvolle Bevölkerungspolitik erfordert profunde Kenntnis der Tradition.

Joseph Boute, University of Zaire

## Schule

**Schule und Weltanschauung (2):** Gemeinsamkeit und Verschiedenheit in der Zielsetzung – Pluralität und Koordination angesichts der Reideologisierung – Kontrolle durch Demokratisierung – Einfluß der gesellschaftlichen Kräfte auf das Schulwesen – Wahrung der Erziehungsrechte – Sinngabe durch Lehrer- und Schülerschaft – Im Weltanschauungsunterricht ist Partizipation unerläßlich.

Waldemar Molinski, Wuppertal

# Ärztliche Ethik – interdisziplinär

Anläßlich der Demission von Professor *Stephan Pfürtner*<sup>1</sup> als Moraltheologe an der Universität Freiburg erfuhr die Öffentlichkeit nebenher von einem Forschungsanliegen, dem sich der Demissionär zusammen mit einer Gruppe von Berner Wissenschaftlern zuwenden wollte. Die medizinische Fakultät der Universität Bern hatte durch einen mit 14:1 Stimmen gefaßten Beschluß einem Lehrvorhaben für ärztliche Ethik zugestimmt, das von Professor Pfürtner in Form einer einstündigen Vorlesung vor Studenten des Klinikums und von je einem zweistündigen und einem einstündigen Seminar mit ausgewählten Studenten wahrgenommen werden sollte. An dem zweiten Seminar sollten auch Theologen teilnehmen, ferner hätten einige Juristen mitarbeiten können. Hinter diesem Vorhaben steht eine *interfakultäre Gruppe*, die schon zuvor mit ethischen Themen befaßt war.

Treibende Kraft auf Seiten der Mediziner ist der Ordinarius für Physiologie, Professor *Paul Müller*. Lehrveranstaltungen für ärztliche Ethik wurden bisher in Bern durch den in Lausanne dozierenden a.o. Professor für Psychiatrie Dr. med. *Hans Heimann* durchgeführt. Unter den Juristen hat sich der Ordinarius für öffentliches Recht Prof. *Jörg Paul Müller* für das Anliegen engagiert. Von der evangelisch-theologischen Fakultät steht Professor *Hermann Ringeling*, Ordinarius für theologische Ethik und Psychologie, im Vordergrund.

## Im ersten Anlauf abgelehnt

Die genannten Namen sind auch an ein interdisziplinäres Projekt zur Grundlagenforschung im Bereich der medizinischen Ethik geknüpft, in welchem besonders aktuelle Fragen der Präventiv- und Sozialmedizin angegangen werden sollen. Von der Forschungskommission der Universität Bern positiv begutachtet, ist dieses Projekt (Hauptgesuchsteller Ringeling, Mitgesuchsteller Heimann, J.P. Müller, Pfürtner, letzterer als Projektleiter) vom *Schweizerischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung* abgelehnt worden. Diese Ablehnung ist – zumal ob ihrer fragwürdigen öffentlichen Begründung durch den Präsidenten des Nationalfonds, Ständerat Dr. *Reverdin*, in einer Sendung des Schweizer Radio<sup>2</sup> – nicht mit dem dieser Institution gegenüber bisher eher üblichen Fatalismus hingenommen worden. Die Bewertungskriterien und die Praxis der Projektbewilligung, die Geheimhaltung der Gutachten und die schmalen Rekurs- und Kontrollmöglichkeiten stehen um so mehr zur Diskussion, als fast gleichzeitig mit dem Bekanntwerden der Ablehnung des «Pfürtner-Projekts» die Zuwendung von jährlich mindestens 100 Mio Schweizer Franken aus Bundesmitteln an die Stiftung des Nationalfonds angekündigt wurde.

Der Nationalfonds wurde 1952 durch mehrere wissenschaftliche Gesellschaften gegründet. Sein für die Annahme oder Ablehnung von Projekten zuständiger Forschungsrat gliedert sich in eine geisteswissenschaftliche, eine exakt-naturwissenschaftliche und eine biologisch-medizinische Abteilung und stützt sich zudem auf eine an jeder Hochschule angesiedelte Forschungskommission. Expertisen werden manchmal auch aus dem Ausland eingeholt. Oberstes Organ ist der Stiftungsrat, in dem auch Wirtschaftsverbände und Bundesministerien (Departemente) vertreten sind. Das fragliche Projekt fiel unter die Abteilung Geisteswissenschaften. Als Begründung für die Ablehnung wurde den Gesuchstellern schriftlich nur mitgeteilt, das Projekt sei «zu umfassend und zu wenig präzise», am Rundfunk hingegen kritisierte Reverdin auch die personell-fachliche Zusammensetzung und die Motivation des Teams.

<sup>1</sup> Vgl. Orientierung Nr. 8 vom 30. April, Seite 89 ff. Den zahlreichen Anfragen nach «laufender» Information, nicht zuletzt zur Frage nach der Weiterarbeit Pfürtners und nach seiner beruflichen Existenzsicherung wird im folgenden gewiß noch keine befriedigende Antwort, aber ein Hinweis zuteil, welche Piste vielleicht weiterführt, auf der sich ein Einsatz für unabhängige Forschung lohnen würde.

<sup>2</sup> Sendung «Prisma» vom 9. April in Radio Beromünster. Schockiert hat, daß der Öffentlichkeit Begründungen geboten wurden, die man den Gesuchstellern bis dahin vorenthalten hatte.

Dem Vernehmen nach wird bereits in der Juni-Session des Nationalrats das nicht transparente Arbeitsreglement des Nationalfonds auf den Tisch kommen, sei es im Rahmen des Berichts der Geschäftsprüfungskommission,<sup>3</sup> sei es durch Vorstöße aus der Mitte des Rates zum neuen Gesetz über die Zuwendung der öffentlichen Mittel an den Nationalfonds. Das Beispiel eines abgelehnten Projekts von breitem öffentlichem Interesse dürfte dabei den Grundsatzfragen Plastizität verleihen. Die Gesuchsteller des obgenannten Projekts haben nämlich inzwischen auf Einladung der Neuen Zürcher Zeitung ihr Vorhaben der Öffentlichkeit ausführlich dargestellt.<sup>4</sup> Aufgrund von Einsicht in die Unterlagen und persönlichen Gesprächen mit den Verfassern sei auch hier das Anliegen skizziert, damit es in seiner Dringlichkeit erkannt wird und – Nationalfonds hin oder her – jene Unterstützung findet, die seine weitere Verfolgung sowohl in Bern<sup>5</sup> wie anderswo ermöglicht.

## Das Anliegen bleibt

Ethik wird gemeinhin zu den philosophischen Disziplinen (mit allenfalls theologischer Implikation) gerechnet; aber sowenig Philosophie überhaupt noch als «Grundstudium» für alle Wissenschaften betrieben wird, so fremd sind auch die ethischen Fragestellungen vielen Naturwissenschaftlern, nicht zuletzt den Medizinstudenten, die es doch als Ärzte einmal mit dem (ganzen!) Menschen zu tun haben werden und folglich nicht weniger wie die «Seel»-sörger im umfassenden Sinn *Anthropologen* sein sollten. Andererseits hat es immer wieder führende Naturwissenschaftler gegeben, die gerade von ihren Erfindungen her (man denke an die Atomphysik) auf ethische Grundfragen gestoßen sind und die Leute von der Zunft herausgefordert haben. Dasselbe ließe sich von Nationalökonomien und Soziologen zeigen, denen es vermutlich zu verdanken ist, daß heute die *Sozialethik* einen so breiten Raum einnimmt. Dabei müßte es eigentlich erstaunen, daß gerade die in den letzten Jahren ausgebauten Institute und Lehrstühle für Sozialethik an den *theologischen* Fakultäten angesiedelt sind. Auf internationaler Ebene gibt es noch kein systematisches, dem heutigen Forschungsstand entsprechendes Grundgerüstwerk für ärztliche Ethik, und der Versuch, sie interdisziplinär in der Medizinischen Fakultät mit Forschung und Lehre zu verankern, ist über die Schweiz hinaus neuartig.

Immerhin ging von Holland eine grundsätzliche Initiative aus. *P.J. Roscam Abbing* u.a. (Ethik en wetenschappen. Leiden 1971) haben die allgemeinen Bedingungen interdisziplinärer Forschung und Lehre für die Ethik dargestellt. Die *Societas ethica*, die repräsentative interkonfessionelle und politisch neutrale Vereinigung europäischer Ethikdozenten (Präsident ist derzeit Professor *Arthur Rich* in Zürich) hat im gleichen Jahr 1971 einen Appell an die Universitäten in Westeuropa gerichtet. An jeder Fakultät, so hieß es darin, sollte eine auf die betreffende Wissenschaft und die entsprechenden Berufe sich beziehende Ethik doziert und studiert werden. Mit anderen Worten, die heute abgesondert von den anderen Fachbereichen nur im Rahmen von Philosophie und Theologie wirkenden Ethiker empfinden selber (und auf Grund vieler drängender Anfragen von Kollegen der anderen Fakultäten) den Mißstand, daß sich ihre Ethik von den konkreten Fragen der einzelnen Berufszweige entfernt und zahlreiche Probleme der einzelnen Wissenschaftsgebiete unerledigt gelassen hat.

<sup>3</sup> Nach Beschluß dieser Kommission hat die Eidg. Justizabteilung zu prüfen, ob nicht der Nationalfonds dem Gesetz über das Verwaltungsverfahren zu unterstellen sei, wie andere Institutionen, die über öffentliche Mittel verfügen. Die angestrebten Ziele eines demokratischeren Reglements (mit Akteneinsicht, Rekursmöglichkeit usw.) wirken zum Teil wie eine zivile Parallele zu den Forderungen, die innerkirchlich an die Glaubenskongregation und ihr «Verwaltungsverfahren» erhoben werden.

<sup>4</sup> NZZ, 17. Mai 1974, Nr. 226, Seite 25.

<sup>5</sup> Der Lehrauftrag ist von der Berner Regierung nicht abgelehnt, aber auch gar nicht behandelt worden, weil der Vorschlag der Medizinischen Fakultät eine Koppelung mit dem Forschungsprojekt des Nationalfonds vorsah. Die Frage ist offen, ob eine andere Kombination möglich wird.

Sie machen auch darauf aufmerksam, daß in die bestehende Lücke unter anderem «politische Ideologien» getreten seien, die sich «als rational ausgewiesene Sinn- und Wertsysteme ausgeben, in Wirklichkeit sich aber ihrer kritischen Befragung entziehen und einer dezisionistischen Politisierung der Wissenschaft Vorschub leisten.»

### Herausforderung durch neue Probleme

In der Medizin sind die Fragen besonders drängend, und die von Roscam Abbing gewonnenen Einsichten müßten sowohl auf sie appliziert wie in eigener Orientierung an den medizinischen Problemen weiterentwickelt werden. Dabei haben viele dieser Probleme auch ihre juristische, ökonomische und politische Seite und müssen deshalb interdisziplinär angegangen werden.

«Wenn zum Beispiel drei verschiedene Methoden der Krebsheilung in Erprobung sind, wovon derzeit die eine 40 Prozent, die andere 60 Prozent und die dritte 80 Prozent Heilungschancen bietet, und wenn diese Methoden auf verschiedene Spitäler verteilt sind: nach welchen Kriterien werden die Patienten diesem oder jenem Spital zugewiesen, wer entscheidet das, an wen kann man rekurieren?» Das «Beispiel» hat uns der eingangs erwähnte Jurist angeführt. Ein anderes, mit dem er selber als Gutachter befaßt war, betraf den Entscheid des Zürcher Regierungsrates zuhanden der Spitäler, wonach der Gehirntod als Grenze für die erlaubte Organentnahme (zwecks Verpflanzung auf lebende Patienten) anzusehen sei. Das Gutachten wurde damals vom Schweizer Bundesgericht weitgehend gedeckt, doch fügte dieses in seinen Entscheid die Bemerkung ein, es verbleibe ein Rest für das ärztliche Ermessen, der vom Recht nicht zu erfassen, sondern der von einer ärztlichen Ethik her zu bestimmen sei.<sup>6</sup>

Eine solche ärztliche Ethik ist aber bisher noch nicht nach allgemein einsichtigen methodischen Prinzipien systematisch entwickelt worden. Dabei sind viele Fragen so neu, daß sie nicht durch Abstützung auf geltende Normen lösbar sind; man denke an Experimente in der Humanmedizin, die Behandlung mit Psychopharmaka und an neue Techniken der Intensivbehandlung. Hierbei stellt sich immer wieder auch die Frage nach dem vertretbaren Verhältnis von finanziellen und personellen Aufwendungen zu den effektiven Heilerfolgen, und diese Frage kann nicht nur individuell, sondern muß sozialpolitisch gesehen werden. Die Kritik eines Ivan Illich u. a. an der in die Entwicklungsländer importierten Intensivmedizin mag vielen exzessiv erscheinen: sie ist auf jeden Fall eine sozialetische und kulturkritische Herausforderung an eine Medizin der Privilegierten, die mit ihrer Tendenz zur immer weiteren Hinausschiebung des Sterbens auch bei uns zu Antinomien führt.

Nun gibt es gewiß schon viele Einzeluntersuchungen. Die Berner Eingabe an den Nationalfonds nennt solche zur ethischen Seite der ärztlichen Schweigepflicht oder der Persönlichkeitsrechte des Patienten als Schranken ärztlicher Tätigkeit. Ferner zu sozialetischen Aspekten der Präventiv-, Arbeits-

<sup>6</sup> Vgl. J. P. Müller, Recht auf Leben, Persönliche Freiheit und das Problem der Organtransplantation. Zeitschrift für Schweiz. Recht 90/1971, 457 ff. Das Bundesgericht bezieht sich bei der Konkretisierung der Grundrechte auf Prinzipien der philosophischen Anthropologie und der Ethik. (Vgl. Bundesgerichtsentscheid 98 Ia, 522 und 524).

<sup>7</sup> Diese Sätze beziehen sich offensichtlich auf den Projektleiter Pfürtner und auf seinen evangelischen Kollegen Ringeling als Hauptgesuchsteller. Ringeling führt in seiner Lehrstuhlbezeichnung neben Sozialetik Psychologie, Pfürtner hat ein Teilstudium in Medizin und Psychologie absolviert. Offenbar haben die Berner Kollegen auch die für die interdisziplinäre Arbeit wichtigen dialogischen Fähigkeiten eingerechnet. Vielleicht ist es gerade der Abstand Pfürtners von der spezifisch «katholischen Küche» der Moralthologie, der ihn zwar in Rom auf Unverständnis stoßen ließ, ihm aber die Möglichkeit gibt, in einem allgemeinverständlichen Vokabular die Probleme anderer Fakultäten anzugehen. Jedenfalls war man in Bern der Meinung, die Voraussetzungen seien günstig, um ein Modell interdisziplinärer Arbeit zu entwickeln.

<sup>8</sup> Vgl. Seite 1 und 6 der «Auszüge» betreffend «Theologie».

und Sozialmedizin, zur ethischen Problematik der Empfängnisverhütung und ihrer Mittel, des Schwangerschaftsabbruchs oder der Sexualstrafrechtsreform, zur ethischen Seite der Sterilisation, der «Sterbehilfe» usw. Die Behandlung dieser Teilprobleme wäre nach kritischer Sichtung in das systematische Ganze eines *Grundlagewerkes* einzubringen. Die Bemühungen darum wurden im deutschen Sprachraum lediglich von katholischen und protestantischen Theologen unternommen. Die Eingabe erwähnt hier die Arbeiten und Handbücher über *Pastoralmedizin*. Sie können heute nicht mehr genügen. Als wegweisend für die Entwicklung der medizinischen Ethik wird die Arbeit von P. Lüth (Kritische Medizin. Zur Theorie-Praxis Problematik der Medizin und der Gesundheitssysteme. Reinbeck 1972) bezeichnet und zwar ob der «engen Rückkoppelung zwischen kritischer Theorie und medizinischer Praxis».

Die Schwierigkeiten einer interdisziplinären Forschungsarbeit werden von der Berner Gruppe nicht übersehen. In der Eingabe und in einer an den Nationalfonds nachgeschickten Erläuterung werden die verschiedenen Fragen und Einwände besprochen, die sich dagegen erhoben haben. «Zugegebenermaßen», heißt es da, «ist jemand, der vollberuflich Mediziner ist, seitens seiner medizinischen Voraussetzungen für die Erarbeitung der medizinischen Ethik begünstigt. Er müßte sich jedoch in das weite Feld der wissenschaftlichen Ethik mit ihren kulturanthropologischen und -soziologischen, gesellschaftsgeschichtlichen und philosophischen Implikaten erarbeiten, wobei in unserem Kulturraum auch die theologischen Voraussetzungen zu berücksichtigen wären. Denn medizinische bzw. ärztliche Ethik kann adäquat nur auf dem Hintergrund unserer ethischen Tradition und damit als Teil unserer Person- und Sozialetik zur Darstellung gebracht werden. Wer sich vom Fachbereich der Ethik her des Forschungsprojektes annimmt, bringt somit von dem anderen Feld des interdisziplinären Projektes vorteilhafte Voraussetzungen mit.»<sup>7</sup>

Daß andererseits für die Lösung zentraler «Weltprobleme» der *Theologie* gerade im Rahmen der Sozialetik eine Mitverantwortung zukommt, hat der Forschungsbericht des *Schweizerischen Wissenschaftsrates* vom Jahre 1973 betont.<sup>8</sup> Dieses beratende Organ der Bundesregierung empfiehlt eindringlich die Förderung der praktischen Theologie und der Sozialetik und erklärt, die wissenschaftlichen Probleme, die diesen Disziplinen gestellt seien, bedingten interdisziplinäre Arbeiten.

Ludwig Kaufmann

## Ecuador: Kirche, Land und Indios

«Wir haben Erdöl, aber wir haben zu wenig zu essen», sagt der Weihbischof von Guaranda, einer kleinen Stadt am Fuß der ecuadorianischen Anden. Er faßt in einem Satz eine paradoxe Situation zusammen: Ecuador hat mit der Ausbeutung seiner gewaltigen Erdöllager östlich der Anden, im Quellgebiet des Amazonas, begonnen. Es exportiert heute schon 250 000 Faß Erdöl und ist auf dem Weg, nach Venezuela Lateinamerikas zweitgrößter Erdölproduzent zu werden. Aber gleichzeitig sind die Lebensmittel knapp geworden. Die landwirtschaftliche Produktion wächst langsamer als die Sieben-Millionen-Bevölkerung. Wenn man die landwirtschaftlichen Exporte – vor allem die Bananen der Küstenregion – nicht mitrechnet, geht die Nahrungsmittelproduktion für den Inlandmarkt sogar absolut zurück. In der Hauptstadt Quito bilden sich lange Schlangen vor den Geschäften, die Lebensmittel zu staatlich kontrollierten Preisen abgeben; in der Hafenstadt Guayaquil gibt es keine Milch mehr. Je rosiger die wirtschaftliche Zukunft des Landes dank des zu erwartenden Erdölbooms aussieht, desto mehr fehlt es der armen Bevölkerungsmehrheit am Lebensnotwendigsten – eine Erscheinung, die in Lateinamerika nicht auf Ecuador allein beschränkt bleibt.

Die Ursachen sind meist weniger wirtschaftlicher als sozialer Natur: das wirtschaftliche Wachstum konzentriert sich bei einer kleinen Schicht von Großgrundbesitzern und Industriel-

len, während die Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung abnimmt. Ecuadors Gewinne aus dem Erdöl fließen zum Teil in die Taschen der amerikanischen Ölgesellschaften, zum Teil dienen sie zur Modernisierung der Armee (die auch die politische Macht ausübt) und der Industrie. Auf dem Land, wo die Mehrheit der Bevölkerung wohnt, ist nichts von Erdölboom zu spüren. Die landwirtschaftliche Entwicklung bleibt blockiert durch die herrschende Verteilung des Bodens.

In Ecuador<sup>1</sup> verfügen 2,1 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über 64,4 Prozent der Wirtschaftsfläche. 90 Prozent der Kleinbetriebe müssen sich dagegen mit kaum 17 Prozent des Bodens zufriedengeben. Das ergibt Klein- und Kleinstbetriebe von zwei, drei Hektaren und weniger, die nicht mehr für eine genügende Selbstversorgung ausreichen. Diese Landverteilung ist aber nicht nur unsozial, sie ist auch unwirtschaftlich. Weil der Großgrundbesitz oft nur extensiv und nicht selten gar nicht genutzt wird, beträgt seine Produktivität pro Hektare Wirtschaftsfläche fast dreimal weniger als die des Kleinbauern, der alles aus seinem Boden herausholen muß, um nicht zu verhungern. Dabei hat der Großgrundbesitz überall das beste, verkehrsmäßig erschlossene Land mit Beschlag belegt und verfügt auch über die Wasserrechte.

### Unter dem Huasipungo-System

Aber der Großgrundbesitzer ist sehr oft nicht auf Rentabilität seines Landes angewiesen. Oft lebt er in der Stadt, das Land schützt ihn vor der Inflation und verschafft ihm politische Macht. Es dient ihm als Garantie für günstige Kredite im industriellen Sektor. Die Landwirtschaft jedoch, die wirtschaftliche Basis des Landes, von der die Mehrheit der Bevölkerung lebt, vermag die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung nicht zu decken. Doch der Großgrundbesitz blockiert nicht nur die wirtschaftliche, sondern mehr auch die soziale Entwicklung. Im Andenhochland gilt immer noch das Huasipungo-System, das sich fast unverändert aus der spanischen Kolonialzeit erhalten hat. Dieses System stellt dem Indio eine kleine Parzelle meist schlechtes Land zur Verfügung, auf dem er Lebensmittel für seine Selbstversorgung anpflanzen kann. Dafür muß er jedoch vier bis fünf Tage seine Arbeitskraft gewissermaßen als Pachtzins dem Großgrundbesitzer zur Verfügung stellen. Früher erhielt er für diese Arbeit überhaupt kein Entgelt, seit einigen Jahren schreibt das Gesetz einen Minimallohn vor. Aber in den abgelegenen Andentälern ist noch immer der Großgrundbesitzer, der Dueño, das Gesetz. Er setzt seinen eigenen Minimallohn fest, und immer noch gibt es Dueños, die ihre Indios nicht in Bargeld, sondern in Gutscheinen auszahlen, die wiederum nur im Laden des Dueño eingelöst werden können. Die Abhängigkeit der Indios ist immer noch total, das Huasipungo-System kommt der Sklaverei gleich. In diesem System der Abhängigkeit und Unterdrückung liegt auch die angebliche Apathie, Dummheit und Faulheit der Indios begründet, die ihnen, den Nachfahren der Inka-Völker, oft als Rassenmerkmale zugeschrieben werden.

Lassen wir einen Indio erzählen, wie es sich unter dem Huasipungo-System lebt: «Ich habe auf der Hacienda Llangahua gearbeitet, seit ich 14 Jahre alt bin. Zuerst hütete ich das Vieh, dafür bekam ich einen Sucre (12 Rappen) im Monat. Später erhielt ich einen Sucre im Tag, ich habe 35 Jahre hier gearbeitet. Die meisten von uns hatten ein Stück Land für uns selbst. Aber für mein Land blieben mir nur der Sonntag und der Montag. Fünf Tage in der Woche mußte ich für den Dueño arbeiten. Wer nicht zur Arbeit erschien, wurde von den Aufsehern des Dueño verprügelt. Der Dueño ließ auch nicht zu, daß wir zur Schule gehen konnten. Erst seit 12 Jahren

<sup>1</sup> Ecuador zählt gegen 7 Mio Einwohner auf einer Gesamtfläche von 283 600 km<sup>2</sup> (sieben mal die Schweiz). Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit 310 Dollars das drittniedrigste des eigentlichen Südamerika.

### Nazario, ein denkender Indio, zieht seine Schlüsse:

«Ich bin kein Soziologe. Aber ich habe mir so meine Gedanken gemacht.» Der das sagt: Nazario, ein einfacher Kleinbauer, Führer der Indio-Gemeinde von Chibuelo im ecuadorianischen Andenhochland. Nazario ist in die Missionsschule gegangen, er kann lesen und schreiben. Und er führt ein Tagebuch mit seinen Überlegungen, mit seiner Analyse der verzweifelten Situation der Minibauern von Chibuelo, die auf 3500 Meter Höhe an steilen Berghängen zwei, drei Hektaren Land bebauen.

«Ich habe hier eine Liste angelegt von 38 kirchlichen Festtagen», erklärt Nazario. Diese Kirchenfeste, die zu den Sonntagen noch hinzukommen, waren für uns Indios obligatorisch. Jedesmal mußten wir dem Padre 200 bis 500 Sucre bezahlen fürs Messelesen. Und arbeiten könnten wir an diesen Feiertagen auch nicht. Also haben wir Chicha (Maisbier) getrunken und waren jedesmal besoffen. Die Kirche war schuld an unserer Armut und Unterdrückung. Wir mußten immer wieder ein Stück Land verkaufen und wurden immer ärmer.»

Und Nazario liest aus seinem Tagebuch vor: «Was hat uns denn diese Kirche gebracht? Hat sie uns soziale Gerechtigkeit gebracht? Haben diese Kirchenfeste überhaupt etwas mit dem Evangelium zu tun?» Solche Gedanken kamen Nazario nach den Kursen, die er im Centro Indigenista «Alemania» in Ambato besuchte. «Deutschland» heißt das Eingeborenen-Zentrum zu Ehren der europäischen Spender, Kardinal Döpfners Bild hängt – handsigniert – in der Eingangshalle. Mit Hilfe aus Deutschland hat der Bischof von Ambato dieses Zentrum errichtet, um die Indios zu fördern. Hier lernten sie, die Abhängigkeiten und Ungerechtigkeiten zu durchschauen, die ihnen ein menschenwürdiges Leben versperren.

Nazario und seine Genossen haben schnell gelernt. Sie haben einen Teil ihrer zerstückelten Landparzellen zusammengelegt und darauf in gemeinsamer Arbeit Kartoffeln gepflanzt. Aber sie haben auch erkannt, daß die jahrhundertlange Bevormundung durch die Kirche an ihrem Zustand mitschuldig ist. Sie haben dem Padre gesagt, er müsse nicht mehr kommen und die Messe lesen an all diesen endlosen Feiertagen. Sie zögen es vor zu arbeiten.

Der Padre ist zum Bischof gegangen und hat ihm geklagt, daß die Indios von Chibuelo nicht mehr zur Messe kommen wollen. Außerdem schrumpfen seine Einnahmen. Was soll der Bischof tun? Sein eigenes Eingeborenen-Zentrum ist an allem schuld, man muß ihm besser auf die Finger sehen.

Die Kirche hat – spät genug – versucht, die Versklavung und Verdummung der Indios aufzubrechen. Aber weil die Kirche an dieser Versklavung mitbeteiligt war (sie war bis vor ganz kurzem auch Ecuadors größter Grundbesitzer) wendet sich das neue Bewußtsein der Unterdrückten auch gegen die Kirche. Die Kirche als «Kirche der Armen» wird zur Gefahr für die Kirche als Institution. Ist es da nicht besser, das progressive Experiment abzubrechen und zu retten, was noch zu retten ist? Viele, die in Lateinamerika Kirche für Gerechtigkeit waren, sind erschrocken, als die Unterdrückten selber zu sagen begannen, was sie für gerecht halten. Ist ihnen vielleicht ein frommes Volk doch lieber als ein denkendes Volk? A.B.

gibt es hier eine Schule. Wir sind alles Analphabeten, wir wissen nichts.»

Aber die Indios beginnen die Mechanismen zu durchschauen, die ihnen ein menschenwürdiges Leben verunmöglichen. Sie beginnen über ihre Situation nachzudenken, sie fordern Land und Kredite, sie solidarisieren sich.

Wesentlichen Anteil an diesem Prozeß hat die Kirche. Bis vor kurzem war die Kirche der größte Grundbesitzer in Ecuador, und auf den Kirchengütern herrschte dasselbe Huasipungo-System, das auch sonst üblich war. In den letzten Jahren jedoch wurde der Kirchenbesitz aufgelöst. Die meisten Bischöfe und Klöster übertrugen ihr Land zu tragbaren Bedingungen auf ihre Indios und regten die Gründung von Kooperativen an.

Der Bischof, der sein Land parzellenweise an die Meistbietenden verschacherte, blieb die Ausnahme.

Die Bischöfe bildeten einen Fonds zur Förderung der Indios, der auch von Misereor und dem Schweizer Fastenopfer unterstützt wird. Aus diesem Fonds werden den Indios der ehemaligen Kirchengüter Entwicklungskredite zur Verfügung gestellt, Vermarktungskoopertiven werden gefördert, um den räuberischen Zwischenhandel auszuschalten.

Denn die Händler, deren Margen 40 bis 60 Prozent betragen, und die «Chulqueros», die Geldverleiher, deren Zinsen oft 100 Prozent übersteigen, sind neben dem Großgrundbesitz das zweite Element der Versklavung der Indios. Ihnen sind auch die Kleinbauern, die zwei, drei Hektaren eigenes Land besitzen und nicht von Großgrundbesitzern abhängen, wehrlos ausgeliefert. Die Händler im Dorf setzen einfach gemeinsam die Preise fest und bezahlen, was sie wollen. Oft fangen ihre Agenten die Indios schon auf dem Weg zum Markt ab. Die Indios können dann den gebotenen Betrag annehmen, oder sie laufen Gefahr, zusammengeschlagen zu werden und gar nichts zu bekommen.

### **Bewußtseinsbildung und ihre Konsequenzen**

Wichtigstes Element in der Arbeit der Kirche, die die Indios aus ihrer Versklavung lösen will, ist die Bewußtseinsbildung. Die Indios müssen selber verstehen, welche Zwänge ihre wirtschaftliche und soziale Situation begründen und zementieren. Aus dem Verständnis ihrer Situation heraus müssen sie Lösungen entwickeln, sie müssen selber ihre Befreiung an die Hand nehmen. Sie sind dazu keineswegs unfähig: oft läßt sich geradezu eine Explosion des Selbstbewußtseins beobachten, wenn die Indios verstehen, was und wer sie unterdrückt. Freie, mutige, offene Menschen treten an die Stelle des alten, demütigen, schon durch seine Quechua-Sprache und seine Rasse aus der Gesellschaft ausgeschlossenen Indios.

Am radikalsten setzt sich in Ecuador Bischof *Proaño* von Riobamba für die Indios ein. Druckversuche und Morddrohungen halten ihn nicht davon ab, rückhaltlos für die Rechte der Indios einzutreten. Bischof *Proaño* hat namentlich eine Radioschule aufgebaut, die sich der Erwachsenenbildung widmet. Die Programme werden nicht nur in der spanischen Kolonialsprache, sondern auch in der Volkssprache Quechua ausgestrahlt. Sie kommen damit viel näher an die Indios heran als die Spanisch sprechenden Behörden und die Spanisch sprechende Kirche.

Und trotzdem: die Haltung der Kirche bleibt ambivalent. Wenn die Kirche ihren Grundbesitz auflöst, beseitigt sie damit nur ihre eigene Beteiligung an der Versklavung der Indios.

Sie löst damit vielleicht auch einen Bewußtwerdungsprozeß bei jenen Indios aus, die nicht von der Kirche abhängig waren. Aber ist die Kirche bereit, diesen Prozeß bis zum Ende mitzutragen? Im Grunde nämlich liegt die Unterdrückung und Versklavung der Indios im ganzen politischen, wirtschaftlichen und sozialen System begründet, das Ecuador beherrscht. Es genügt nicht, sozial zu sein. Soziale Gerechtigkeit bedingt umfassende Veränderung der sozialen und politischen Strukturen, zum Beispiel die Enteignung und Entmachtung der Großgrundbesitzer. Nicht alle Bischöfe denken überhaupt sozial. Und nur wenige, die soziale Gerechtigkeit fordern, sind auch bereit, die ganzen Konsequenzen in Kauf zu nehmen.

Und weiter: Sind nicht die traditionellen Formen der Religiosität, wie sie dem Indio aufgedrängt wurden, mit ein Element seiner Versklavung und Entmündigung? Im selben Riobamba, dessen Bischof so rückhaltlos für die Indios eintritt, und selbst in der Hauptstadt Quito gibt es immer noch jene Karwochenprozessionen mit ihren Selbstpeinigungen, mit den Bußergestalten in weißen Ku-Klux-Klan-Kapuzen, Prozessionen, die auf jeden Fall den Bußcharakter der Karwoche so stark betonen, daß der Auferstehungs- und Erlösungscharakter von Ostern völlig verblaßt. Waren es nicht solche psychologische Mechanismen, welche die Entmündigung der Indios erst ermöglichten? Oder eine Momentaufnahme aus Ambato: eine Franziskusstatue, mit weißen Gewändern angetan, eine violette Stola umgelegt und auf dem Kopf – ein Strohhut, Symbol des Weißen, des kulturell Überlegenen. Zeigt sich hier nicht, daß diese Religiosität für den Indio auch nach 400 Jahren noch etwas Fremdes, Aufgepflanztes, Koloniales ist?

Der Indio, der seine Abhängigkeit abwirft, beginnt auch die Rolle der Kirche kritisch zu sehen. Er beginnt auf Distanz zu halten, beginnt sich dem festen Zugriff der Kirche zu entziehen. Damit sieht sich die Institution Kirche bedroht, bedroht durch ihren eigenen Beitrag zur Befreiung der Indios. Da gibt es nur zwei Möglichkeiten: den vorsichtig eingeschlagenen Weg radikal zu Ende zu gehen, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit mit allen Konsequenzen zu vertreten, die traditionellen Formen der Frömmigkeit, die eben auch Formen religiöser Bevormundung sind, in Frage zu stellen und auch die Institution Kirche in Frage stellen zu lassen im Vertrauen auf eine neue, freie und emanzipierte Religiosität. Oder die andere Möglichkeit: Rückzug ins Pastorale, in die Pflege der Frömmigkeit und der Selbstheiligung. Fast scheint es, daß diese Tendenz an Boden gewinnt, nicht nur in Ecuador, sondern auch in Kreisen des Bischofsrates von Gesamt-Lateinamerika (CELAM). Aber noch gibt es Bischöfe, die mit Helder Câmara sagen: «Ich bin Hirte von Menschen und nicht von Seelen.»  
*Andreas Bänziger, Glattbrugg*

## **DAS BEVÖLKERUNGSPROBLEM IN AFRIKA**

Die verfügbare Information über die afrikanische Bevölkerung ist unzureichend. Die Angaben sind von unterschiedlichem Wert. Dieser variiert von einem Landesteil zum andern, von einem Jahr zum andern innerhalb derselben Region, ja sogar zwischen zwei Informationsfolgen über die gleiche Bevölkerung. Dies war immer ein Problem für die Analytiker. Weitere Mängel entstehen aus der Tatsache, daß nicht immer eine vollständige Volkszählung eines Landes durchgeführt wurde. Repräsentative Umfragen beziehen sich möglicherweise nur auf einen Teil des Landes, während der Rest unbekannt bleibt. Die Auswertung der Daten hat vielleicht nicht mit den Bedürfnissen jener gerechnet, die sie benutzen. Trotzdem wurden seit 1960 Anstrengungen gemacht, das Maximum aus den vorhandenen Angaben herauszuholen. Daraus entstand eine ziemlich zuverlässige Sammlung demographischer Information über Afrika. Trotzdem wird oft Skepsis über das, was bekannt ist, geäußert, weil die Volks-

zählungen von geringem Wert, die Geburtenregister unzuverlässig seien. Dies ermuntert die Afrikaner manchmal, die gegenwärtigen Kenntnisse beiseite zu schieben und so zu tun, als ob die wirkliche Lage drastisch von dem abweiche, was die vorhandenen Daten nahelegen. Eine solche Haltung fand man unter den Teilnehmern der *African Conference* im Juni des vorigen Jahres. Es zeigte sich, wie wichtig es ist, sowohl die Quantität wie auch die Qualität der Daten zu verbessern, um so Unkenntnis und Nachlässigkeit bei den Entscheidungsmachern zu vermeiden.

### **Volk und Land**

Auf fast einem Viertel der Landfläche der Erde beherbergt Afrika einen Zehntel der Weltbevölkerung. Dies ergibt eine durchschnittliche Dichte von kaum 12 Einwohnern auf

einen Quadratkilometer, weniger als die Hälfte des Welt-durchschnittes von 27.

Obwohl auf die ganze Landfläche bezogen ein geringer Bevölkerungsdruck herrscht, gibt es doch Übervölkerung in einigen Konzentrationsbecken, besonders in Küsten- und Stadtgebieten, in Regionen an Flüssen (Nil) und Seen (Rift Valley Lakes) und an jenen Orten, wo man massiv Mineralien fördert. Unter den einzelnen Ländern variiert die Bevölkerungsdichte beträchtlich, sie reicht von weniger als eins (Sahara- oder Kalahari-Wüste) bis 413 (Mauritius). Nur drei kontinental-afrikanische Länder haben mehr als 50 Einwohner pro km<sup>2</sup>: Rwanda (145), Burundi (130) und Nigeria (61). Die folgende Tabelle zeigt, daß 45% der Bevölkerung Afrikas in Ländern mit weniger als 20 Einwohnern pro km<sup>2</sup> leben.

Einw./km <sup>2</sup>	Länder		Bevölkerung in Tausenden	
	Anzahl	%	Anzahl	%
30+	19	33	149 017	41
20-29	6	11	49 636	14
10-19	12	21	74 244	21
5-9	5	9	63 281	18
0-4	13	24	23 681	6
Total	55	100	359 859	100

Da auf dem Großteil des Kontinents noch hauptsächlich Landwirtschaft betrieben wird, bieten die Dichten der Gesamt- und Landbevölkerung pro Quadratkilometer Ackerland relevantere Statistiken. Im Jahre 1968 hatte Afrika einen Durchschnitt von 164 Einwohnern pro Quadratkilometer Kulturland bei einem weltweiten Durchschnitt von 248.

Mit wenigen Ausnahmen liegt das spärlich bewohnte Ackerland in den zentral- und westafrikanischen Ländern, aber ihre Dichte ist von Land zu Land sehr verschieden. In Zentralafrika, beispielsweise, schwankt die Dichte zwischen 46 in Zaire und 375 in Rwanda. In einigen Ländern liegt die Bevölkerungsdichte des Gesamtlandes näher an derjenigen des Ackerlandes als in andern. Das bedeutet, daß dort mehr Reservaten an Kulturland bestehen. Den größten Unterschied findet man in Gabon, wo die Ackerlanddichte 365 erreicht, während die Gesamtdichte nur bei 2 liegt. Bis vor kurzem neigten viele Leute im tropischen Afrika dazu, im afrikanischen Bevölkerungsproblem nur mit den Gesamtdichten oder mit dem Bevölkerungsdruck auf die materiellen Ressourcen zu rechnen. Von diesem Gesichtspunkt aus behauptete man gewöhnlich, daß es noch viel Raum gibt und daß die meisten afrikanischen Länder von wenigstens einer Verdoppelung der Bevölkerung profitieren würden. Man brachte dafür viele Argumente vor. Es wurde beispielsweise gesagt, daß die Bevölkerungsdichten Afrikas, verglichen mit andern Gebieten der Welt, tief liegen; daß umfangreiche mögliche Ressourcen für die Entwicklung bestehen; daß ein Binnenmarkt für afrikanische Produkte noch geschaffen werden muß. Man wies ferner darauf hin, daß die Entwicklung eine größere Arbeiterschaft verlange; daß Nationen wie Großbritannien und Japan mit weniger Naturschätzen und kleineren Landflächen als viele afrikanische Nationen fähig waren, größere Bevölkerungen zu ernähren und zugleich einen hohen Lebensstandard zu halten. Es wurde sogar bewiesen, daß viele Teile Afrikas in weiter Vergangenheit eine größere Bevölkerung hatten als heute.

Interessanter ist die Überlegung einiger afrikanischer Forscher, wonach höhere Bevölkerungsdichten in ausgewählten Gebieten auf Kosten der allgemeinen Situation einer über ein riesiges Gebiet zerstreuten Bevölkerung begünstigt werden sollen. Die Zerstreuung der Bevölkerung ist kostspielig und reduziert die Leistungsfähigkeit der Investitionen im Kommunikationsnetz, im technischen und administrativen Stab und in den öffentlichen Diensten überhaupt. Dank dem Wechselspiel von inter-

nen und externen Stufenwirtschaften (economies of scale) wird eine höhere Bevölkerungsdichte tiefere per-capita-Kosten für jede wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Infrastruktur (Transportwege, Wasserversorgung, Schule, Gesundheitsdienste, Elektrizität) und eine bessere Dienstleistung bewirken.

Diese Überlegung könnte es rechtfertigen, die Abwanderung der zerstreuten Bevölkerung in Gebiete mit einem hohen Entwicklungspotential zu organisieren. Größere Märkte dürften auch produktive Investitionen anziehen. Es kann deutlich gezeigt werden, daß Regionen mit hohen Bevölkerungsdichten bei weitem die besten Entwicklungsmöglichkeiten genießen; leider werden diese zu oft nichtig gemacht durch eine nach außen orientierte Entwicklungsweise, welche viele afrikanische Regionen der Früchte ihrer eigenen Investitionsressourcen beraubt. Andererseits haben einige Studien über die Nutzung des Landes zu zeigen versucht, daß hinsichtlich des vorhandenen Agrarlandes ein beträchtlicher Druck auf die ländlichen Ressourcen besteht. Dies allein zeigt, daß eine große Ungleichheit in der Verteilung eine weite Vielfalt von Lösungen erwartet.

## Wachstum

Obwohl Afrika nicht der meistbevölkerte Kontinent der Welt ist, nimmt es doch eine wichtige Stellung ein, insofern es hinsichtlich der Bevölkerung eine der schnellsten Wachstumsraten hat, während gleichzeitig die Wirtschaft sich nur langsam entwickelt.

Daß es nicht die schnellste Wachstumsrate der Welt hat, ist wohl auf die hohe Sterberate zurückzuführen. Wenn aber diese Sterberate so schnell wie erwartet zurückgeht, dann wird das gegenwärtige Wachstum von etwa 2,6% im Jahr voraussichtlich während diesem und dem kommenden Jahrzehnt langsam auf etwa 3% ansteigen. Für die neunziger Jahre wird vorausgesehen, daß die Geburtenrate stärker abnimmt als die Sterblichkeit, wodurch die Wachstumsrate allmählich auf die gegenwärtige Höhe zurückfallen wird. Von etwa 1980 an wird Afrika die höchste Wachstumsrate aller größeren Gegenden der Welt aufweisen, da die Geburtenzahl in anderen Entwicklungsländern voraussichtlich früher zurückgehen wird.

▷ Die Bevölkerung des arabischen Nord-Afrika scheint mit einer Wachstumsrate von etwa 27 Promille schneller zuzunehmen als die Bevölkerung des übrigen Kontinents. In diesem Sektor wachsen Marokko, Algerien und Tunesien mit 32 Promille viel schneller als die übrigen nordafrikanischen Länder mit 24 Promille. Die allgemeine Sterberate beträgt in dieser Gegend nach Schätzungen etwa 16 Promille, und der Wachstumsunterschied kann auf Unterschiede in der Geburtenrate zurückgeführt werden: 49 Promille in französisch sprechenden Ländern, 40 Promille in den anderen.

▷ Studien über afrikanische Tropenländer weisen große demographische Mannigfaltigkeit auch innerhalb eines einzelnen Landes auf. Allgemein kann man sagen, daß die Sterberate, welche die höchste in der Welt ist (24 in West- und Zentralafrika und 21 in Ostafrika), die Wachstumsraten tiefer hält als in Nordafrika. So hat Westafrika eine Wachstumsrate von 25, Zentralafrika 22 und Ostafrika 24.

▷ Gesundheitsbedingungen sind in Südafrika besser als in den Tropen, und Sterberaten sind niedriger. Verglichen mit den Geburtenraten anderer Rassengruppen sind die Geburtenraten der weißen Bevölkerung dort niedriger; die durchschnittliche Geburtenrate in diesem Teil des Kontinents beträgt 42 Promille.

## Verteilung nach Alter und Geschlecht

Afrika hat eine junge Bevölkerung. In 1970 betrug der durchschnittliche Anteil der Kinder unter 15 Jahren 44% der Gesamtbevölkerung. Arbeitsfähige (im Alter von 15-64) bildeten 53% der Gesamtbevölkerung, während die Älteren (65 und darüber) 3% ausmachten. Mit dieser altersmäßigen Verteilung hat Afrika die höchste Abhängigkeitsrate der Welt, nämlich 87 Abhängige auf 100 arbeitsfähige Menschen im Jahre 1970. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich diese Rate bis 1985 noch auf 92 steigern, während sie in allen anderen größeren Teilen der Welt abnimmt. Ein beträchtlicher Teil dieser Information kann durch die Analyse von verschiedenen Altersgruppen wie Kinder im Vorschulalter, Schulkinder, Lohnempfänger und Betagte gewonnen werden.

Wachstumsmäßig nimmt die Altersgruppe der Arbeitsfähigen in Afrika gegenwärtig langsamer zu als die Wachstumsrate der Gesamtbevölkerung, weil eine Abnahme der Sterberate bei Kleinkindern dramatischer als bei anderen Gruppen zum Ausdruck kommt. Wenn diese jüngere Generation das Arbeitsalter erreicht, wird die Wachstumsrate in dieser Gruppe so rasch zunehmen, bis sie jene der übrigen Gruppen überholt haben wird. Der ständig zunehmende Bedarf an Arbeitsplätzen wird die schon vorhandenen Probleme der Unterbeschäftigung, der Arbeitslosigkeit und ungeschulten Arbeitskräfte noch verschärfen. Dazu kommt, daß die Zahl der schulpflichtigen Kinder für den Rest dieses Jahrhunderts in Afrika voraussichtlich viel mehr als in anderen Ländern der Welt zunehmen wird.

Frauen im empfängnisfähigen Alter bilden eine andere wichtige Gruppe. Für sie gelten ähnliche regionale Wachstumsmuster wie für die arbeitsfähige Bevölkerung. Nach UN-Berechnungen wird diese Gruppe in den nächsten 30 Jahren sowohl in Afrika als auch in Lateinamerika durchschnittlich 140%, in Südasien 130%, in Ostasien hingegen nur 55% und in den entwickelten Ländern 30% zunehmen.

Das ungenügende zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Geschlechtern ist teilweise auf die Auswanderung der männlichen Arbeitskräfte zurückzuführen. Dies gilt besonders für Lesotho, Botswana, Swaziland und Malawi, die eine beträchtliche Anzahl Männer nach Südafrika verloren haben. Ähnliches geschieht in Westafrika, z.B. in Dahomey, Togo und Obervolta. Die beobachteten Schwankungen können jedoch auch auf das zahlenmäßige Verhältnis der Geburten zueinander zurückzuführen sein. Um das Verhältnis der jeweiligen Geburtenzahlen zur späteren Streuung genau zu berechnen, bedürfte es jedoch weiterer Beweise. Männer sind in den Städten in der Überzahl, aber nicht in der Gesamtbevölkerung, wo der Frauenüberschuß zu den größten in der Welt zählt.

### Stadt- und Landbevölkerung

Afrika ist einer der am wenigsten urbanisierten Weltteile. Gleichzeitig muß jedoch gesagt werden, daß sein jährlicher Städtezuwachs zwischen 1940 und 1960 zu den schnellsten der Welt gehört (5%). Die Verstädterung ist vielleicht der dramatischste Aspekt der afrikanischen Demographie. 1970 betrug die Verstädterung 22% der Gesamtbevölkerung. Voraussichtlich wird sie bis Ende des Jahrhunderts um ein Drittel größer als anderswo sein, d.h. 108% bis 1985 und 316% bis 2000. Eine solche Entwicklung würde die Stadtbevölkerung in 1985 auf 30% und bis Ende des Jahrhunderts auf 40% bringen. Physische sowie sozial-ökonomische Planer werden helfen müssen, das Problem einer solchen Zunahme zu lösen. Die Verstädterung ist in den verschiedenen Landesteilen sehr unterschiedlich. In Ost-, Zentral- und Westafrika leben 10-20% der Bevölkerung in Städten, in Nordafrika 35% und in Südafrika 46%.

Eigentümlicherweise konzentriert sich diese Stadtbevölkerung jeweils in einer einzigen größeren Stadt, die (außer in Marokko, Kamerun und Südafrika) gleichzeitig auch die politische und administrative Hauptstadt ist.

Im allgemeinen steht der Anteil der größeren Städte an der gesamten Stadtbevölkerung im umgekehrten Verhältnis zur Anzahl der anderen wichtigen Zentren im Lande. Lagos hat den kleinsten Bevölkerungsanteil aller größeren afrikanischen Städte. In 1970 gab es in Nigeria schätzungsweise 24 Zentren mit 100 000 Einwohnern.

### Fruchtbarkeit und Wachstum

Eine Durchschnittszahl kann die unterschiedlichen Fruchtbarkeitsgrade auf dem afrikanischen Kontinent nur ungenügend erfassen. Eine Anzahl Faktoren tragen zu dieser Unter-

schiedlichkeit bei. Es gibt beispielsweise große Unterschiede in der Proportion der empfängnisfähigen Frauen zur Gesamtbevölkerung, in der Proportion der verheirateten Frauen zu allen Altersgruppen, zum altersspezifischen Muster ehelicher oder gesamthafter Fruchtbarkeit, und so weiter. Mehr denn je ist hier das Fehlen genügender Daten ein Hindernis.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie über die Theorie demographischer Übergänge ergab, daß in einer Bevölkerung, die den Übergang noch nicht erlebt hat, der Unterschied zwischen den höchsten und niedrigsten Fruchtbarkeitsstufen vor dem Übergang im Verhältnis zu den Veränderungen in der Fruchtbarkeit während des Übergangs selbst verhältnismäßig groß ist. Die Unterschiede könnten durch Veränderungen im Verhältnis von Eheleuten und ehelicher Fruchtbarkeit zur Gesamtbevölkerung erklärt werden.<sup>1</sup>

Da der Anteil Verheirateter und das Heiratsalter in ganz Afrika in etwa übereinstimmen, muß die Ursache der Unterschiede anderswo gesucht werden. Die meist durch Geschlechtskrankheiten verursachte Unfruchtbarkeit in gewissen Gegenden Zentralafrikas und bei Nomadenvölkern bildet eine Ausnahme.

Soziale und wirtschaftliche Veränderungen, ebenso Verstädterung, Besserstellung in Gesundheit, Erziehung und ökonomischem Status üben erwiesenermaßen einen Einfluß auf den Fruchtbarkeitsgrad aus. Auch Klassenunterschiede machen sich diesbezüglich bemerkbar. In Kenya, Ghana und Nigeria sinkt die Fruchtbarkeit bei Frauen mit höherem Bildungsgrad. In Kinshasa fällt die Fruchtbarkeit bei wirtschaftlichem Aufstieg; im Sudan jedoch erfreuen sich wohlhabendere Gruppen im modernen Wirtschaftssektor einer erhöhten Fruchtbarkeit.

Manchmal ist die Fruchtbarkeit in den Städten niedriger als auf dem Land. Dies ist der Fall in Ghana, wo die Bevölkerung nach ethnischen Gruppen erfaßt wird, vor allem bedingt durch den Brauch später Heirat. Meistens ist jedoch die Fruchtbarkeit höher in den Städten, wie in Senegal und auch in Zaïre, wo ein Großteil der Frauen monogame Ehen führen und Kinderlosigkeit dank der besseren Behandlungsmethoden für Geschlechtskrankheiten abnimmt. Letztere sind eine bezeichnende Ursache verhältnismäßiger Unfruchtbarkeit auf dem Lande. Man darf nicht vergessen, daß in Afrika auch die Stadtbewohner vorwiegend ländlicher Herkunft sind und traditionell geburtenfreundlich (pronatalistisch) eingestellt sind. Die vorwiegend günstigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt verstärken noch diese Einstellung, was zu erhöhten Geburtenziffern führt.

In nächster Zeit ist mit einer Anzahl fruchtbarkeitsbegünstigender Faktoren zu rechnen. Die Anzahl empfängnisfähiger Frauen wird zunehmen. Die Medizin wird die Unfruchtbarkeit noch erfolgreicher bekämpfen. Ein späteres Heiratsalter wird der Sterilität, die durch unglückliche frühe Schwangerschaften bedingt ist, vorbeugen. Bessere ärztliche Pflege wird die Sterblichkeit verringern und dazu führen, daß mehr Kinder lebend geboren werden und weniger Mütter bei der Geburt sterben. Vermutlich werden die Tabus bezüglich des Geschlechtsverkehrs in der Zeit nach der Geburt allmählich verschwinden und den zeitlichen Abstand zwischen den Geburten verkürzen, vor allem in den Städten, wo für die Förderung der Frauen mehr Verständnis zu finden ist. Das Ansehen der monogamen Frau wird der Polygamie einen schlechten Ruf verschaffen. Die Forschung hat gezeigt, daß Polygamie weniger fruchtbar ist als Monogamie. Weniger Scheidungen und weniger frühzeitige Witwenschaft werden

<sup>1</sup> Hingegen heißt es: in den traditionsgebundenen Gesellschaften Afrikas liegt das durchschnittliche Heiratsalter für Frauen meist unter 20 Jahren; meist bleiben weniger als 5% bis 35 oder 40 ledig, oft sogar weniger als 1%. (The Demographic Transition, Ansley J. Coale, Liege 1973, IUSSP, IPV col. 1)

dazu führen, daß Empfängnis über längere Jahre hinaus möglich ist. Der Anteil an unverheirateten Personen wird sich wahrscheinlich kaum ändern. Nomadische Völker werden sesshaft werden, man wird später heiraten, mehr heiraten, es wird weniger sterile Frauen geben und weniger Totgeburten.

### Sterblichkeit und Wachstum

Die afrikanische Sterblichkeit ist immer noch sehr hoch – 20 bis 35% der Kinder sterben vor ihrem fünften Geburtstag, die meisten bevor sie zwei Jahre alt sind.

Nach Angaben der Bevölkerungs-Abteilung der Vereinigten Nationen steigt Afrika endlich aus einer seit Generationen sehr hohen Sterblichkeit heraus, was auf moderne öffentliche Gesundheitsmaßnahmen zurückzuführen ist. Die gegenwärtige Lebenserwartung von etwa 45 Jahren wird vermutlich bis Ende des Jahrhunderts auf 58,5 Jahre ansteigen. Trotz einem so augenscheinlichen Fortschritt von fast 30% würde Afrika in diesem für die Entwicklung sehr wichtigen Punkt doch noch weit hinter der übrigen Welt zurückliegen.

Der Optimismus gegenüber der Sterblichkeitsfrage wird vielerorts bezweifelt. Diese Frage ist und bleibt eines der größten Bevölkerungsprobleme im heutigen Afrika. Die sanitären Einrichtungen und das medizinische Personal werden sich ständig verbessern, wenn man dies nach den Mitteln, die nationale Budgets der öffentlichen Gesundheit zusprechen, beurteilen kann. Die Säuglingssterblichkeit ist immer noch sehr hoch und steht in keinem Verhältnis zu den übrigen Sterblichkeitsraten. Deshalb bezweifeln die Demographen die Richtigkeit der Anwendung von standardisierten Tabellen, die aus der Erfahrung außerhalb Afrikas aufgestellt wurden und wollen ein spezifisch afrikanisches Muster der Sterblichkeit nach Altersgruppen erarbeiten.

### Die Anwendung von Daten bei der Entwicklungsplanung

Vorhandene Information wird nicht immer im besten Sinne angewandt. Vor einiger Zeit wurde zum Beispiel untersucht, welcher Platz dem Bevölkerungswachstum in der Gesamtstrategie der Entwicklungsplanung eingeräumt wird. Die nationalen Entwicklungspläne von sechszwanzig afrikanischen Staaten wurden systematisch untersucht, wobei sich herausstellte, daß die meisten Staaten kaum demographische Daten verwenden. In manchen Fällen waren solche Daten natürlich überhaupt nicht erhältlich.

Das gilt vor allem für Bevölkerungsstrukturen und ihre Entwicklung. Die Verteilung nach Geschlecht und Alter innerhalb einer Bevölkerung läßt auf das Arbeitskräftepotential schließen. Außerdem deutet es auf die Abhängigkeitsbelastung, auf Verbrauchsbedarf und auf gegenwärtige und zukünftige gesellschaftliche Bedürfnisse hin. Solches Wissen ist deshalb in der wirtschaftlichen Planung eines Landes unerlässlich und wesentlich in der Ermessung des Bedarfes an Wohnungen, Erziehung, Arbeit sowie an medizinischen wie sozialen Fürsorgestellen. Planer scheinen bei der Entdeckung, daß vorhandene Bedürfnisse nicht befriedigt werden konnten, wenig Wert auf eine genaue Berechnung des Mangels gelegt zu haben.

Die meisten Länder haben eine kurzfristige Bevölkerungszunahme gar nicht einberechnet. Regierungs-Planungsstellen richteten ihre Aufmerksamkeit auf gegenwärtige Bedürfnisse und Mängel zuungunsten künftiger Erfordernisse. Oft wurde das Problem der Bevölkerung nicht einmal als Teilursache der Knappheit der Mittel berücksichtigt. Besonders fiel die Nichtbeachtung kurzfristiger Vorausberechnungen für die Arbeitskräfte und Schulkinder ins Gewicht; solche Vorausberechnungen sind verhältnismäßig zuverlässig, weil die Betroffenen schon geboren sind. Deshalb sind solche Pläne nicht von Fruchtbarkeitsannahmen abhängig.

Von den sechszwanzig in Betracht gezogenen Nationen anerkannten acht eine Art von Bevölkerungsproblem: Marokko, Togo, Tunesien, Ghana, Kenia, Nigeria, Tanzania und Uganda. In diesem Zusammenhang wird unter einem Bevölkerungsproblem eine gegenwärtige oder zukünftige Situation verstanden, die von den Planern als Problem empfunden wird und deren Ursachen größere demographische Faktoren enthalten. Das Problem steht also mit dem Wachstum und der Altersstruktur der Bevöl-

kerung in Verbindung und nicht mit der geographischen Lage des Landes. Fünf der afrikanischen Länder nannten die folgenden Probleme: starke Bevölkerungszunahme, Arbeitslosigkeit, zunehmende Zahl der Schulkinder, hohes Abhängigkeitsverhältnis, schwere Belastung der medizinischen Fürsorgestellen. Für vier Länder bedeutet die Bevölkerungszunahme eine Erleichterung der wirtschaftlichen Probleme. Nur drei nannten Belastung der Fürsorgestellen und Wohnprobleme.

Drei Arten von Bevölkerungspolitik sind in Entwicklungsplänen zu finden:

► Solche, die ein Schema zur Verringerung der Bevölkerungszunahme enthalten und Programme zu diesem Zweck unterstützen. (Sie umfaßten Pläne, die nur Programme zur Verringerung der Fruchtbarkeit empfahlen.) Marokko, Tunesien, Kenia und Uganda gehören zu dieser Gruppe.

► Solche, die Familienplanungsprogramme zwar unterstützten, aber keine Gründe dafür angaben oder nur nichtdemographische wie Gesundheit der Mutter oder Familienfürsorge. In Afrika fallen nur Mauritius und Nigeria in diese Kategorie.

► Alle anderen. Die meisten Länder dieser Kategorie diskutierten Bevölkerungsprobleme überhaupt nicht. Andere machten keine Vorschläge, obschon sie die Probleme an sich anerkannten.

Keiner der Entwicklungspläne brachte eine pronatalistische Politik zum Ausdruck, außer jener Äthiopiens, welcher die eigene rapide Bevölkerungszunahme «ermutigend» nannte.

### Offizielles Interesse an Bevölkerungspolitik

Nur vier afrikanische Staatschefs unterschrieben die Bevölkerungsdeklaration, die am Tag der Menschenrechte im Dezember 1967 von der UNO vorgelegt wurde. Aber seither ist das Interesse auf dieser Ebene, sogar ohne Entwicklungsplanung, regsamer geworden. Einige Länder wie Ghana und Ägypten haben zwar in ihren Entwicklungsplänen keine Geburtenbeschränkungspolitik, wohl aber haben sie eine solche in einer übergeordneten Entwicklungsstrategie. Andere Länder haben einfach keine Meinung geäußert.

Die allgemeinen bevölkerungspolitischen Modelle, welche von afrikanischen Ländern und ihren Führern angenommen wurden, lassen sich folgendermaßen einteilen:

► *Offizielle Politik für eine Reduktion des Bevölkerungswachstums:* Um diese Politik zu verwirklichen, unterstützen die Länder dieser Kategorie die Familienplanung, sie tun es aber auch aus Gründen der Gesundheit und der Menschenrechte (Ägypten, Ghana, Kenia, Mauritius, Marokko, Tunesien.)

► *Offizielle Unterstützung der Familienplanung aus anderen, nicht-demographischen Gründen:* Länder dieser Kategorie nennen gewöhnlich als Gründe Gesundheit und Menschenrechte. Allfällige anti-nationalistische Effekte sind nur Nebenwirkungen, nicht Ziel der Politik (Botswana, Gambia, Nigeria, Rhodesien, Südafrika, Sudan, Tansania, Uganda, Zaire). Tansania hat ein Programm zur Besiedlung und Entwicklung der ländlichen Gebiete mit Hilfe der Jugend. Dieses ändert die Einstellung der Jugendlichen zu manueller Arbeit auf dem Land, rüstet sie mit technischem und landwirtschaftlichem Wissen und hält so das Schwinden der ländlichen Bevölkerung und die Überbevölkerung der städtischen Gebiete unter Kontrolle.

Ein Wandel hat sich kürzlich in Zaire vollzogen. Vor der Rede des Präsidenten an die Nationalversammlung (5. Dezember 1972) hatte die Regierung die Familienplanung nicht unterstützt, obwohl Empfängnisverhütungsmittel leicht erhältlich waren. Die heutige Regierung versucht die Kindersterblichkeit zu verringern und über den Gebrauch der Verhütungsmittel zu informieren und sie verfügbar zu machen, um die Zahl der Abtreibungen zu senken. Familienplanung gehört ins Programm der Gesundheitsdienste und Kliniken für Mütter. Es ist bekannt als Programm für «erwünschte Geburten», aber ohne eigentlich demographische Zielsetzung.

► *Restkategorie:* Die Länder dieser Kategorie haben weder eine Politik zur Bevölkerungsbeschränkung noch eine zur Unterstützung der Familienplanung aus demographischen oder anderen Gründen. Die Liste schließt somit Länder ein, die sich zum Bevölkerungswachstum neutral verhalten, und Länder, die geburtenfreudig sind, deren Verschiedenheit aber keine weitere Einteilung in getrennte Kategorien zuläßt.

Die Länder, die sich offiziell zu einer Bevölkerungspolitik bekennen, sind stark von einer neo-malthusianischen Ideologie

beeinflusst, wonach das Bevölkerungswachstum das Haupthindernis für die Entwicklung jeder beliebigen Nation in der Dritten Welt ist. Für Ghana wurde die erste und die letzte Fassung der nationalen Bevölkerungspolitik offensichtlich von amerikanischen Experten geschrieben.

Zu den Staaten, die das Bevölkerungswachstum fördern, gehören Kamerun, Gabon und die Elfenbeinküste. Gabons mittelfristiger Entwicklungsplan (1963-65) sagte optimistisch voraus, daß mit der Verbreitung des Gesundheitswesens und der Kinder- und Mütterfürsorge die Wachstumsrate seiner Bevölkerung signifikant zunehmen werde. Im Entwicklungsplan von 1966-71 sagte die Regierung für 1970 einen Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften im modernen Sektor voraus. Im Jahre 1971 erließ die Regierung in ihrer geburtenfreundigen Haltung ein Gesetz, wonach es unter schweren Strafen verboten ist, Verhütungsmittel zu importieren. Sie empfahl auch die Einsetzung von Inspektoren, um dem Gesetz Nachachtung zu verschaffen.

### **Afrikanische Haltungen zum Bevölkerungsproblem**

Viele Afrikaner sind der Ansicht, daß das Problem des schnellen Bevölkerungswachstums und der Übervölkerung durch den Lebensstil der entwickelten Länder entstanden sei. Es seien die Großverbraucher, die an einem Zusammenbruch des Wettbewerbs zu verlieren hätten.

Die Industrienationen bräuchten Lieferanten von billigen Rohstoffen und Konsumenten für ihre Industrieprodukte. Um die Afrikaner in diesen Rollen zu halten, würden sie ihnen sagen, was sie zu tun hätten. Die Afrikaner fühlen sich an den Rand gedrängt, der Eifer der entwickelten Länder für Geburtenbeschränkung kommt ihnen verdächtig vor. Diese Reaktion richtet sich vor allem gegen den Kolonialismus (die Sklaverei war gedacht zur Unterdrückung der Afrikaner), den Neo-Kolonialismus («haltet die afrikanische Bevölkerung drunten und laßt sie zum Vorteil anderer arbeiten») und jede Art kultureller Entfremdung. Einige afrikanische Gelehrte sehen in der Familienplanung ein Ablenkungsmanöver von der prioritären Aufgabe, den Lebensstandard zu heben. Sie glauben, daß man es den Afrikanern überlassen sollte, ihr eigenes Entwicklungsmodell zu entwerfen und darnach selber zu entscheiden, was bezüglich Bevölkerung zu geschehen hat. Eine Verbrauchergesellschaft ist für sie nicht unbedingt ein Ideal. Es sei eine Zeit, wo selbst in westlicher Gesellschaft junge Leute die Widersprüchlichkeiten ihres Systems in Frage stellten. Aber während sich diese Persönlichkeiten von der Wohlstandsgesellschaft distanzieren, liefern sie doch keine zusammenhängenden Vorschläge, wie man nach eigentlichen afrikanischen Modellen leben und sich entwickeln kann.

An der afrikanischen Regionalkonferenz für Bevölkerungsfragen in Akkra, im Dezember 1971, nahm eine kleine, aber scharfsinnige Gruppe eine erste Gelegenheit wahr, ihre Ansichten zu äußern. Ihre Position war Opposition:

▷ Opposition gegen die ungeprüften Vorurteile und Ideologien, die sich in der Vielfalt demographischer «Fakten» der Bevölkerungsforschung verbergen;

▷ Opposition gegen die Überbetonung des Faktors Bevölkerung und vor allem ihres Wachstums als unabhängige Variable in Loslösung von anderen Elementen der Entwicklung;

▷ Opposition gegen malthusianischen «Bevölkerungsfetischismus», der behauptet, daß die Probleme der Gesellschaft mit Bevölkerungskontrolle gelöst werden können;

▷ Opposition gegen die vorherrschenden Modelle kapitalistischer, nach außen orientierter Produktion, die bewirkt, daß die ländlichen Gebiete Afrikas stagnieren, die Städte mit billigen Arbeitskräften überfüllt werden und einem Land seine Ressourcen eher zu Gunsten reicher und fremder Nationen als zum Nutzen der Selbstentwicklung entzogen werden;

▷ Opposition gegen die enge Sicht einer Bevölkerungspolitik, die sich auf Geburtenkontrolle beschränkt und Familienplanung eher aus nationalem Interesse als zum individuellen Wohl betont.

Alle Redner schienen sich darüber einig zu sein, daß Familienplanungsstellen für Geburtenregelung hinsichtlich Gesundheit, menschlicher Befreiung, wirtschaftlicher Verbesserung und Wohlbefinden der Individuen und Familien wünschbar seien. Uneinig waren sie sich dagegen in den Fragen, ob man in afrikanischen Ländern Bevölkerungsbegrenzung als *Nationale Politik* betreiben sollte; ob Bevölkerung als separates «Problem» und als Ursache anderer Entwicklungsprobleme zu betrachten sei; ob westliche Industrienationen zu ihren eigenen Bedingungen und mit eigenen Interessen die Bevölkerungsbedürfnisse Afrikas zu bestimmen haben; schließlich ob es notwendig sei, vermehrt externe Hilfsquellen zur Lösung sozial-wirtschaftlicher und technischer Entwicklungsprobleme, die zusätzlich zur «Bevölkerungskrise» oder von ihr gesondert bestehen, anzugehen.

Einige Befürworter der Geburtenkontrolle übertreiben in der Vereinfachung des Problems und schaden mit ihren grobschlächtigen Aussagen der Sache, der sie dienen wollen. Viele Afrikaner sind schockiert über die Art und Weise, wie man ihnen die Verhütungsmethoden anpreist und wie man in manchem Propagandamaterial über die Kinder spricht. An der Akkra-Konferenz (1971) versuchte ein IPPF-Vertreter zu erklären, daß es seiner Organisation mehr am Wohlbefinden der einzelnen Familie als an der Bevölkerungskontrolle liege. Was er aber sagte, mußte im Licht der IPPF-Literatur gesehen werden, die man in den Konferenzräumen verteilte. Die Ausstellung der amerikanischen Regierung hatte eine unheilvoll klirrende Volkszählungsuhr und eine eher oberflächlich zusammengestellte Serie von Tabellen über eine mögliche Weltbevölkerungskrise. Die Afrikaner wollen echte Information über diese Belange, ein vielfältiges Wissen über alle Aspekte des Familienlebens, einschließlich moderner Geburtenkontrolle. Aber sie wollen nicht, daß man ihnen vorschreibt, was sie mit dieser Information machen müssen. Sie haben einige spezifische Probleme wie Abtreibung, Selbstmord von Mädchen, die Ungleichheit von Männern und Frauen im Haus ... Man dürstet nach einer vollständigen und befriedigenden Erziehung: Die Aufmerksamkeit sollte dem Ehepaar und nicht nur der Frau gelten, der gesamt menschlichen Bildung und nicht nur der Anwendung einer bestimmten Technik, der Kindererziehung und nicht nur der Schwangerschaftsverhütung. Die Afrikaner wollen jene Art von vorurteilsloser Erziehung, die sie unabhängig macht. Sich selber biologisch und psychologisch kennen zu lernen ist mit wahrer Willensfreiheit verbunden, während das Lernen einer automatischen Technik zu einer Abhängigkeit vom Verteiler führt.

Die meisten Afrikaner kümmern sich nicht um Bevölkerungsprobleme. Demographische Fragen gehören nicht zu ihrem Leben, insbesondere wegen der Art, wie die Probleme dargestellt werden. Es ist noch viel Forschung notwendig, um deutlich zu machen, wie sehr Afrika sich traditionell mit Geburt befaßt. Wenn einmal die Afrikaner merken, daß sie sich in ihrer eigenen Tradition schon längst mit praktischen demographischen Problemen befaßt haben, dann werden sie sich frei fühlen, darüber im neuen Kontext des jetzigen ländlichen und städtischen Afrikas nachzudenken. Vitalismus ist ein dominierender Faktor in der Philosophie Afrikas: Leben ist heilig. Deshalb müssen Bevölkerungsprobleme so gelöst werden, daß dadurch eine bessere Lebensqualität erreicht wird. Afrika muß überzeugt werden, daß Geburtenregelung, ebenso wie ihre alten Traditionen, nicht gegen das Leben ist, sondern zu seinem Vorteil.

Eine auf Entwicklung gerichtete Bevölkerungspolitik muß das Bevölkerungswachstum mit den sozialen, umweltmäßigen und technischen Systemen afrikanischer Gesellschaft in

Beziehung setzen. Solche Bevölkerungspolitik muß in die Entwicklungspläne integriert werden.

Umwandlungsmöglichkeiten, darunter die äußerst wichtige Veränderung des vorherrschenden Fruchtbarkeitsmusters, hängen ab von der Einstellungsänderung gegenüber bestehenden Werten und sozialen Bräuchen, wie auch von einem beschleunigten Fortschritt in Wirtschaft, Gesundheitswesen und Erziehung. Dieser Wandel läßt sich nicht mit ein paar technischen Methoden erzwingen. In ihrer Zweckbestimmung zu eng gefaßte Programme sind jetzt schon zur Verwerfung verurteilt. Ein ganzheitlicher Versuch ist notwen-

dig. Das Gesamtschema afrikanischen Lebens ist in einem Umformungsprozeß begriffen; zugleich ist man auf einer vertieften Suche nach den vergessenen Verbindungen mit der afrikanischen Vergangenheit. Dies ist notwendig, wenn sich die Afrikaner selber wieder finden sollen. Bevölkerungsprobleme sollten im Zusammenhang mit dieser Suche nach Echtheit gesehen werden. *Joseph Boute SJ, University of Zaire*

DER AUTOR ist Professor an der nationalen Universität von Zaire und Vorsteher des Departements für Demographie. Sein in der Aprilnummer von *The Month* (London) erschienener Artikel wurde von Antonia Fonseca und Karl Weber ins Deutsche übersetzt.

## SCHULE UND WELTANSCHAUUNG II

Um die weltanschaulichen Implikationen der schulischen Erziehung<sup>1</sup> bewußter zu machen und in unserer pluralen Gesellschaft in wünschenswerter und kontrollierter Weise zum Tragen kommen zu lassen, ist es zunächst nötig, daß man sich verstärkt darauf besinnt, inwieweit unseren schulischen Zielsetzungen ein gemeinsames und inwieweit ihnen ein unterschiedliches *Menschenbild* zugrunde liegt. Das bedeutet: Man sollte sich verstärkt darum bemühen, das in unserer Verfassung und in der UN-Charta über die Menschenrechte zum Ausdruck kommende Menschenbild in den schulischen Bildungsinhalten und Organisationsformen konsequent zur Geltung zu bringen. Das verlangt, daß man größeren Wert auf die Erarbeitung eines *gemeinsamen Verfassungsverständnisses* legt, anstatt die in letzter Zeit sich anbahnenden Polarisierungen in der Hinsicht zu verschärfen. Das setzt natürlich bei allen beteiligten Seiten eine vertiefte Bereitschaft voraus, aufeinander hören und beieinander bleiben zu wollen. Das wird nur möglich sein, wenn man sich immer wieder bewußt macht, daß unser Menschenbild aus unserer sich wandelnden und begrenzten Erfahrung erschlossen wird und folglich immer unvollkommen, geschichtlich bedingt, einseitig und mit Irrtümern durchsetzt ist. Man muß deshalb damit rechnen, daß über es bei den verschiedenen weltanschaulichen Gruppierungen nur eine begrenzte Übereinstimmung erreicht werden kann und somit unterschiedliche Zielvorstellungen über die Sinngebung des Unterrichts und der Schule bestehen bleiben.

### Pluralität und Koordinierung

Es ist unter diesen Umständen um der Wahrheit willen, zur Vermeidung von unkontrollierter Manipulation und zum Zwecke des möglichen Abbaues bestehender Unterschiede nötig, diese Unterschiede deutlich herauszuarbeiten und im Interesse eines fruchtbaren Zusammenlebens im Rahmen des Möglichen zu respektieren. Die empirischen Wissenschaften können viel dazu beitragen, Vorurteile abzubauen, die zu unnötigen Widersprüchen über das dem Menschen Förderliche führen, und um zu gemeinsamen Überzeugungen von ihm zu gelangen; sie reichen aber allein nicht zu seiner Fixierung aus. Das Menschenbild hängt vielmehr wesentlich auch von philosophischen und theologischen Überlegungen und – mehr oder weniger reflektierten – weltanschaulichen und ideologischen Entscheidungen ab.

Wer darüber hinaus die Wirksamkeit pluraler geistiger Kräfte, sofern sie sich gegenseitig nicht voneinander abkapseln, als ein konstitutives Prinzip für eine möglichst vollkommene Wahrheitsfindung und eine möglichst wirklichkeitsgerechte Lebensgestaltung ansieht, wird die konkrete Ausfüllung, Differenzierung und gegebenenfalls Korrektur des gemeinsamen Weltbildes durch die verschiedenen Träger der geistigen und gesellschaftlichen Entwicklung begrüßen und folglich keine nivellierende Vereinheitlichung der Weltanschauungen anstreben noch ihre pädagogische Wirksamkeit über das Maß

des für das Gemeinwohl Notwendigen einschränken wollen. Würde man die unterschiedlichen Weltanschauungsgemeinschaften in der schulischen Erziehung im Rahmen des Möglichen nicht zum Zuge kommen lassen, dann würde man darüber hinaus sich unberechtigte Herrschaft über Andersdenkende anmaßen, deren Ansichten man dann nämlich über das Maß des Notwendigen hinaus weniger respektierte als die von Gleichgesinnten, seien die Ansichten der Andersdenkenden nun die von Mehrheiten oder Minderheiten.

Die besondere Prägung der weltanschaulichen schulischen Erziehung braucht demnach nicht allgemein als für die Schüler besonders förderlich anerkannt zu werden, sondern sie hat ihre Berechtigung schon, wenn sie den an alle Glieder der Gemeinschaft zu stellenden Basisforderungen nicht widerspricht. Die plurale Gesellschaft muß solche schulische Erziehung besonderer Prägung nicht nur tolerieren, sie muß sie vielmehr wünschen, weil zu erwarten ist, daß durch die Pluralität des Unterrichts- und Schulwesens den Erfordernissen des Gemeinwohls und der Schüler aufs Ganze gesehen besser gedient wird als durch ein möglichst einheitliches Unterrichts- und Schulwesen. Das ist – unter Voraussetzung der um des Gemeinwohles willen erforderlichen Koordination des pluralen Unterrichts- und Schulwesens – für unsere Gesellschaft durchaus zu erwarten, da ein Gemeinwesen, je komplizierter es wird, je reichhaltiger seine Kultur sich entfaltet, je dynamischer die technische Entwicklung sich vollzieht, je reichhaltiger vor allem die weltanschaulichen Gesichtspunkte sind, auf die Pluralität verschiedener Kräfte ebenso wie auf deren Koordination angewiesen ist. Während diese nämlich stärker die Stabilität des Gemeinwesens sichert, bestimmen jene mehr seine dynamische Weiterentwicklung. Man geht deshalb nicht fehl in der Annahme, daß unsere heutige hochdifferenzierte, kultivierte, technisierte und plurale Gesellschaft, um sich entsprechend ihren Bedürfnissen entfalten zu können, eines gleichermaßen pluralen wie koordinierten Unterrichts- und Schulwesens bedarf. Eine unangemessene Reduzierung weltanschaulicher Einflüsse auf das Unterrichts- und Schulwesen und eine einseitige Förderung vereinheitlichender Tendenzen auf staatlicher Ebene würde demnach nicht nur zur unberechtigten Unterdrückung derjenigen Kräfte führen, die eine weltanschaulich geprägte schulische Erziehung wünschen, sie würde vielmehr auch zu einer Verarmung unseres gesamten Bildungswesens führen und die Abdeckung des nicht nur latent vorhandenen Bedarfs nach der Auseinandersetzung mit und Beantwortung von weltanschaulichen Fragen in wild wuchernde, rational und gesellschaftlich unkontrollierte Bahnen lenken. Das Zusammenleben von weltanschaulich unterschiedlichen Gruppen, Integration und Toleranz würden so nicht gefördert, sondern durch sich nicht angemessen ausdrücken könnende Spannungen belastet, die ein Klima des Mißtrauens, der Abkapselung und der Aggressivität begünstigen.

Angesichts der Reideologisierung des Denkens in unserer Gesellschaft und angesichts der damit verbundenen Polarisierungstendenzen muß man in diesem Zusammenhang freilich zunehmend und präziser bestimmen, welche gemeinsamen Grundlagen nötig sind, damit von ihnen ausgehend Pluralismus als ein konstitutives Element des Fortschritts angesehen werden kann. Wichtiges Kriterium zur Lösung dieses Problems wäre die Beantwortung der Frage, wem bestimmte plurale Auffassungen und der Pluralismus als solcher tatsächlich nützen; d.h. man müßte prüfen, ob der Pluralismus eigentlich den Schülern, der Erhaltung des status quo, der revolutionären Veränderung unserer Gesellschaft usw. dient.

<sup>1</sup> Vgl. den ersten Teil in Nr. 9, Seite 106 ff.

## Kontrolle durch Demokratisierung

Für die Sinngebung der schulischen Erziehung ergibt sich daraus, daß alle geistig und gesellschaftlich relevanten Kräfte in gebührendem Umfang an ihr mitwirken sollten, um eine möglichst sachgerechte und differenzierte Basis und Mitarbeit für eine sinnvolle schulische Erziehung im Dienste der Schüler zu bekommen.

Um das zu erreichen, ist den Organen der Staatsgewalt eine gewisse Rahmenkompetenz in der Sinngebung der schulischen Erziehung einzuräumen. Diese muß sich allerdings darauf beschränken, bildungsmäßig vom Unterricht und von den Schulen nur das zu verlangen, was allgemein anerkannterweise von einer schülergerechten Schule zu erwarten und um des Gemeinwohles willen zu fordern ist.

Die darüber hinaus gehende Sinngebung und Organisation der schulischen Erziehung ist den gesellschaftlichen Kräften und Gruppierungen zu überlassen, die Einfluß auf die Schulerziehung nehmen und nicht direkt im Auftrag der Staatsorgane zu handeln haben. Ihnen ist somit mehr Einfluß auf das Schulwesen einzuräumen. Das gilt besonders hinsichtlich der weltanschaulichen Aspekte der Schulerziehung. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß weltanschauliche Beeinflussung, die nach der Auffassung der primär für die Erziehung Verantwortlichen dem Wohl der Schüler widerspricht, vermieden wird, da sonst eine unberechtigte Beeinflussung der Schüler durch Kräfte wahrgenommen würde, die nicht die entsprechende Verantwortung für sie tragen und oft gar nicht tragen können. Gleichzeitig ist im Rahmen des Möglichen eine schulische Erziehung entsprechend den weltanschaulichen Vorstellungen der für die schulische Erziehung zuerst Verantwortlichen sicherzustellen. Das verlangt didaktische und vor allem unterrichts- bzw. schulorganisatorische Maßnahmen, die eine gebührende Entfaltung von Minderheiten gewährleisten.

Der Einfluß der gesellschaftlichen Kräfte auf das Schulwesen muß so aussehen, daß alle für die Erziehung bedeutsamen Kräfte diese Erziehung entsprechend ihren Verpflichtungen und Rechten den Schülern gegenüber eigenverantwortlich wahrnehmen können. Das bedeutet, daß, soweit keine hinreichende Einigkeit über den den verschiedenen geistigen und gesellschaftlichen Kräften einzuräumenden Einfluß zu erzielen ist, letztlich den *Eltern* die definitive Entscheidung über eine weltanschaulich nicht allgemein akzeptierte Erziehung zu ermöglichen ist, sofern die Schüler nicht in der Lage sind, sich in der Hinsicht selbst zu bestimmen. Als die für ihre Kinder am unmittelbarsten Verantwortlichen besitzen die Eltern nämlich, soweit die Kinder unmündig sind, zwar nicht die alleinige Autorität über diese, aber doch die unmittelbarste und umfassendste. So sind sie auch im Zweifelsfall der Erziehungsberechtigung allen anderen Erziehungsberechtigten vorzuziehen, weil letztlich niemand ihnen ihre Erziehungspflicht abnehmen kann und will. Man muß ihnen dann aber auch das grundlegendste Erziehungsrecht einräumen.

Sie und alle anderen an der Erziehung der Schüler Beteiligten haben – objektiv gesehen – eine Erziehungsberechtigung nur, sofern sie tatsächlich dem Wohl der Schüler dienen und diese sich nicht selbst bestimmen können. Nur soweit dürfen sie dementsprechend auf die Sinngebung der schulischen Erziehung Einfluß nehmen. Das heißt, außer den Eltern dürfen und sollen Staat, Kirche und Wissenschaft und vor allem Lehrer- und Schülerschaft usw. auf die Schule einwirken und dementsprechend auch gebührend an der organisierten Schulträgerschaft beteiligt werden, sofern sie sachliche Kompetenz zu einer den Schülern unmittelbar gerecht werdenden Erziehung besitzen und ihre Verpflichtungen wahrnehmen. Die Schule ist ja nicht nur auf die Unterstützung durch diese Kräfte ständig angewiesen, sie muß auch laufend mit ihnen zusammenarbeiten, wenn sie ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen will und ihren Sinn erfüllen soll. Diese Kräfte müssen ja auch in hohem Maße die Sinngebung ermitteln, die die schulische Erziehung erfahren soll, um wirklich allen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Schüler gerecht zu werden.

Wie diese Zusammenarbeit näherhin auszusehen hat, wie die Kompetenzen genau abzugrenzen sind, damit die Verstärkung der direkten Demokratisierung der Schule nicht stagnierende oder gar schädliche Nebenwirkungen erzielt und damit die Einflußnahme außerschulischer Kräfte auf die Schule möglichst sachgerecht geschieht, kann selbstverständlich nur empirisch im Verlaufe eines *experimentierenden Entwicklungsprozesses* erarbeitet werden, der nie endgültig abgeschlossen werden kann. Gerade die jüngste Entwicklung der Mitbestimmungsdiskussion im wirtschaftlichen und kommunalen, aber auch im hochschulpolitischen Bereich macht deutlich, daß man in der Hinsicht das Gegenteil – oder wenigstens anderes – erreichen kann, als man trotz bester Absicht will, wenn man nicht über genügend Sachverstand verfügt. Das Bemühen um eine Intensivierung einer angemessenen Demokratisierung der Schule darf deswegen freilich nicht gebremst werden, sondern dieser Umstand muß Anlaß dazu sein, sich um größere Kompetenz für gangbare Wege der Demokratisierung zu bemühen.

## Sinngebung durch Lehrer- und Schülerschaft

Im Rahmen der Wahrnehmung ihrer eigenen Aufgabe aufgrund ihrer Fachkenntnis und Bildung, die Schüler in deren wohlverstandem Interesse auszubilden und zu bilden, haben Lehrerschaft und Schule ihre eigene Autorität, und zwar nicht bloß aufgrund der Beauftragung durch andere. Ihre spezifische Autorität im Unterschied zu der der Eltern, der Kirche, des Staates usw. bekommen sie allerdings nicht etwa daher, daß sie andere Tüchtigkeiten und Werte vermitteln als diese Erziehungsberechtigten: Ihre eigene Autorität haben Lehrer und Schule vielmehr daher, daß sie den Schüler in dessen Fähigkeiten unter Zuhilfenahme von pädagogischen, didaktischen und methodischen Maßnahmen so ausbilden und bilden können, wie sie – wenigstens normalerweise – nur ein spezifisch ausgebildeter bzw. gebildeter Lehrer und eine organisierte Schule treffen können.

Aufgrund dieser spezifischen Tüchtigkeit ihrer *Lehrer* und ihrer für sie spezifischen Organisationsform kann die Schule dementsprechend innerhalb ihres schulpädagogischen Bereiches Autonomie beanspruchen; das heißt, innerhalb dieses Bereiches hat die Schule einen eigenen Erziehungsauftrag, der sie im durch die anderen Erziehungsträger zu setzenden Rahmen zur Entwicklung eigener pädagogischer Zielvorstellungen ermächtigt und verpflichtet. Demnach sollten die Schule und die einzelnen Unterrichtsfächer auf ihre Weise durchaus reformpädagogisch und kulturkritisch wirken, um so einen eigenen Beitrag zur Erziehung und Bildung zu leisten, der sich von dem der Eltern, der Kirche, des Staates usw. unterscheidet. Letzteren ist nämlich nur zuzumuten, daß sie für die Erziehung der Kinder in dem Umfang sorgen, wie das ihnen entsprechend ihren eigenen Fähigkeiten möglich ist. Was darüber hinaus zur Erziehung der Kinder nötig ist, können sie nicht nur nicht leisten, sie dürfen es auch nicht bestimmen, sie haben es auch nicht zu verantworten, das muß vielmehr derjenige bestimmen, der diese Erziehung leisten kann und leistet, er muß es auch verantworten.

## Glauben heute

### Theologische Kurse für Laien (TKL)

4 Jahre (8 Semester) systematische Einführung in die Hauptgebiete der Theologie für Damen und Herren mit Matura, Lehr- und Kindergärtnerinnenpatent oder eidg. Handelsdiplom.

*Abendkurse in Zürich und Luzern sowie Fernkurs.*

Beginn des neuen 4-Jahres-Kurses im Oktober 1974.

Anmeldeschluß: 15. September 1974.

Prospekte, Auskünfte und Anmeldungen:

Sekretariat TKL, Postfach 280, Neptunstraße 38, 8032 Zürich  
Telephon 01/47 96 86

Das bedeutet, daß die Schule und die Vertreter der einzelnen Unterrichtsfächer aufgrund ihrer spezifischen Kenntnisse von den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Schüler nicht nur einen eigenen Beitrag zur Sinnggebung der Schule zu leisten haben, sie müssen innerhalb der Zwecksetzung der Schule auch selbständig eine eigene schulpädagogische, didaktische und methodische Sinnggebung erarbeiten. Aber das heißt gerade nicht, daß sie den ihnen durch die anderen Erziehungsberechtigten vorgegebenen weltanschaulichen Rahmen sprengen dürfen, sondern es bedeutet, daß sie aufgrund ihrer sachlichen und pädagogischen Voraussetzungen eigene Akzente bei der weltanschaulichen Bildung, z.B. in der Auswahl des Stoffes und bei der Art der Darbietung, setzen können und sollen, die ihnen von anderen nicht strittig gemacht werden dürfen, bloß weil sie für diese vielleicht überraschend und ungewohnt sind. Andernfalls würde die berechnete Kontrolle der schulischen Erziehung zu einer illegitimen Gängelei führen und dadurch Schule und Lehrer zu erzieherischen Mißerfolgen prädestinieren.

Entsprechend ist auch den *Schülern* eine gebührende Mitwirkung einzuräumen, denn diese sollten im Rahmen, der aufgrund ihrer Entwicklung zu verantworten ist, und im Rahmen ihrer Verpflichtungen gegenüber den Mitmenschen selbst erarbeiten und bestimmen, was ihren weltanschaulichen Fähigkeiten und Bedürfnissen entspricht. Sonst würde über sie unberechtigte Herrschaft ausgeübt und gleichzeitig der mangelhaften Entfaltung ihrer kreativen Talente Vorschub geleistet. Das gilt besonders, wenn in Weltanschauungsfragen die Eigenverantwortlichkeit der Schüler nicht entsprechend respektiert und gefördert wird, sei es nun in staatlichen oder freien Schulen, da in diesem Bereich mehr als in allen anderen Freiwilligkeit angesprochen und Überzeugung angestrebt werden müssen. Deshalb sind auf die Ausgestaltung der weltanschaulich relevanten Kurse der Schülerschaft altersgemäß gebührender Einfluß einzuräumen und bei der Wahl gerade dieser Kurse den einzelnen Schülern Alternativen zu eröffnen.

Wird bei der Unterrichtsforschung den weltanschaulichen Gesichtspunkten nicht hinreichend Rechnung getragen, werden die schulisch relevanten Kräfte bei ihrer Bestimmung und Kontrolle nicht hinreichend beteiligt, wird der Lehrer- und Schülerschaft kein entsprechender Einfluß auf eine relativ autonome Verwirklichung weltanschaulicher Bildung in der Schule eingeräumt, muß sich das zum Nachteil schulischer

Bildung auswirken. Es ist aber zu erwarten, daß aufgrund einer offenen Diskussion der weltanschaulichen Implikationen schulischer Erziehung und einer verstärkt demokratisierten Bestimmung und Kontrolle der weltanschaulichen Zielsetzungen der Schule weltanschauliche Fragen in ihr eine angemessenere Behandlung erfahren werden, als das heutzutage der Fall ist, und daß unberechtigte Manipulationen der Schüler durch Mehr- oder Minderheiten zurückgedrängt werden.

Waldemar Molinski, Wuppertal

## Buchbesprechung

**Wilhelm Arnold: Was sagt die Psychologie dazu?**

Ehe - Kind - Ehetrennung, Morus-Verlag, Berlin 1973, 94 Seiten.

W. Arnold, der Ordinarius für Psychologie an der Universität Würzburg, macht in der Auseinandersetzung um die Ehescheidung neben den Anliegen der Ehepartner mit Nachdruck das Recht der Kinder auf eine Geborgenheit im Elternhaus geltend. Dieser Gesichtspunkt wird allzu oft vernachlässigt. Trotzdem muß betont werden, daß das Recht der Kinder nur einen Teilaspekt deckt, neben den persönlichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten. Wertvoll ist, daß dem Bändchen gleich die kirchenrechtlichen und pastoralen Einwände von Dr. Br. Fries und E. Klausener samt den Erweiterungen des Autors beige druckt sind, so daß sich verschiedene Gesichtspunkte ergänzen.

Prof. Arnold wehrt sich als Psychologe energisch (und mit Recht) dagegen, daß schon die physische geschlechtliche Vereinigung allein als «Vollzug der Ehe» gewertet werden könne und verlangt, daß auch die psychischen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten entsprechend ihrem Gewicht in Betracht gezogen werden.

J. David

## Zur Titelseite

«Anstiftung zum Christentum» heißt der Buchtitel, den auszuwählen uns die *Pfingstfeiertage* inspiriert haben. Man hat sie uns häufig als «Stiftungsfest» der Kirche vorgestellt. Nun lesen wir bei Hans Jürgen Schultz: «Jesus ist kein Stifter, sondern ein Anstifter.» Im Abschnitt über die Bergpredigt, aus dem wir zitieren (21 ff.), geht es um Aktualität. Sie wird nicht durch «neue» Aussagen erreicht, sondern durch den Kontext, in den uralte Weisheitssprüche gestellt werden. Ihre hausbackene Evidenz erweist sich plötzlich als folgenschwer. So die «Goldene Regel», die Jesus als den Inbegriff von «Gesetz und Prophetie» bezeichnet: «Was du willst, daß die Leute dir tun, das tu ihnen auch.» Die «Leute» sind im Kontext auch fremde, feindliche Menschen. Und - wie in der Dimension von Pfingsten die «Völker» - sind es heute weltweit und weltpolitisch «die Armen, die immer ärmer werden». Die «Freundlichkeit» der Goldenen Regel hat als Kehrseite eine «radikale Solidarität, wie sie Jesus gelehrt und bewährt hat» (23/24). Für beides zusammen aber, für das Freundliche und das Radikale dieser «Summe aller jüdisch-hellenistischen Weisheit» kommt es heute, wie eh und je, «auf das Freiwillige, auf das Außergewöhnliche, auf das Mehr, auf das Erfinderische an, das die Vorschrift und das Altbekannte überholt» (22).

Der «Anstifter Jesus» sucht also erfinderische, *schöpferische Nachfolge*: «Was Jesus angefangen hat, das kann nur mit ihm ins Grab gelegt und im Gedächtnis aufbewahrt - oder es muß fortgeführt werden. Von ihm auszugehen bedeutet eben auch: von ihm weg - über ihn hinauszugehen. Wir können an das wenige, was wir von ihm selbst wissen, und an das viele, das die von ihm in Lauf gesetzte Stafette inzwischen überbracht hat, nur anknüpfen, um dadurch animiert und orientiert, in der Geschichte zu bleiben.» (35) Für die je verschiedenen Gezeiten und Epochen der Geschichte setzt unser Text von der Bergpredigt sukzessiv sich entladende Dynamitpackungen voraus. Ein modernes Bild für die Wirkung des Pfingstgeistes? Genannt wird er in dem Büchlein nirgends ausdrücklich, aber was darin gesucht und angestrebt und was darin gegen sektiererische Konventikel und für eine dynamische «Synthese aus Vernunft und Phantasie» (94) an - leider fern - Beispielen angeführt wird, bringt die alte Bitte um den *Creator Spiritus* zur Sprache.

Der Autor, Hans Jürgen Schultz, ist Chefredakteur Kultur beim Süddeutschen Rundfunk und hat sich seinerzeit durch die Sendereihe «Wer ist das eigentlich, Gott?» und neuerdings durch die eigene Veröffentlichung «Auch Gott ist nicht fertig» einen Namen gemacht. Als evangelischer Theologe, der nie den Pfarrer im Sinn hatte, äußert er sich bewußt als *Laien*, und in einem weiteren Sinn spricht er auch in uns den Laien als den fortan «nicht herrschenwollenden, gegen jede Hierokratie sich empörenden Menschen» an. Er fordert: «Jeder Spezialist hat auch den Generalisten in sich herzustellen und darzustellen, ihn zu Wort und zu seinem Recht kommen zu lassen.» (102)

L.K.

**Herausgeber:** Institut für weltanschauliche Fragen  
**Redaktion:** Ludwig Kaufmann, Raymund Schwager, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebner, Mario v. Galli, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin

**Anschriften** von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ☎ (01) 36 07 60

**Bestellungen, Abonnemente:** Administration

**Einzahlungen:** Schweiz: Postcheck 80-27842 - Deutschland: Postscheck Stuttgart 62 90-700 «Orientierung», Zürich - Österreich: Sparkasse der Stadt Innsbruck, Scheckkonto Nr. 133.629 (Vermerk 0001/268499 «Orientierung») - Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065, «Orientierung» C.E. Suisse No 020/081.7360 - Italien: Postcheckkonto: Roma 1/28545 «Orientierung» Zürich

**Abonnementspreise:** *Ganzes Jahr:* Fr. 24.- / Ausland: sFr. 27.- / DM 24.- / öS 160.- / FF 40.- / Lit. 5800.- / US \$ 9,50

*Halbjahresabonnement:* Fr. 13,50 / Ausland: sFr. 15.- / DM 13,50 / öS 85.-

*Studenten-Abonnement:* Schweiz Fr. 15,50 / Ausland: sFr. 17.- / DM 15,50 / öS 95.- / Lit. 3700.-

*Gönnerabonnement:* sFr./DM 32.- (Der Mehrbetrag von sFr./DM 8.- wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

*Einzelexemplar:* sFr./DM 1,50 / öS 9.-

**AZ**

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich